

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e.V.

Nr. 16

Berlin, den 15. August 1940

21. Jahrgang

Das Deutschtum in der Bukowina

Die Bukowina (deutsch: Buchenland), deren nördlichen Teil Rumänien an die Sowjetunion abgetreten hat, umfaßt über 10 000 Quadratkilometer mit etwa 853 000 Einwohnern (nach der rumänischen Volkszählung von 1930). Durch den Vertrag von Konstantinopel von 1775 kam das Land, das bis dahin einen Teil des unter türkischer Oberhoheit stehenden Fürstentums Moldau gebildet hatte, unter habsburgische Herrschaft. Bis 1786 stand es unter österreichischer Militärverwaltung, wurde dann zunächst als Kreis Galizien angegliedert und 1849 zum autonomen Kronland erhoben. Nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns wurde von den bukowinischen Ukrainern der Anschluß der Nordbukowina an die Westukrainische Republik, die sich in Ostgalizien gebildet hatte, gefordert. Das Diktat von Saint Germain sprach das Land jedoch ungeteilt Rumänien zu. Unter den habsburgischen Kronländern war die Bukowina dasjenige, das in völkischer Hinsicht das bunteste Bild bot. Bei Beginn der habsburgischen Herrschaft war die Bukowina ein auf weite Strecken noch unbefiedeltes Land; sie zählte damals kaum 60 000 Einwohner, knapp 6 Menschen je Quadratkilometer. Von allen Seiten strömten, durch die wirtschaftliche und kulturelle Erschließungsarbeit der österreichischen Verwaltung angezogen, Angehörige von ein Duzend Völkern in dieses Grenzland. Von Galizien her wurde das schon seit langem im Lande ansässige Ukrainertum verstärkt, das allmählich dem Norden des Landes bis zum Sereth seinen völkischen Stempel aufdrückte, während sich in den Karpathentälern des Tschernemosch, der Gutschawa und der Moldau **H u z u l e n** festsetzten. Auf der anderen Seite erhielt das vornehmlich den Süden des Landes besiedelnde Rumänentum ständigen Zugzug aus der Moldau. Vornehmlich aus Galizien wanderten in großer Zahl **J u d e n** ein, die, starke Minderheiten bildend, das Gesicht der Städte und Marktflecken bestimmten. Aus den verschiedensten Teilen der Habsburgermonarchie und aus Südwestdeutschland kamen **D e u t s c h e**, die im Wirtschafts- und Kulturleben der Bukowina vor dem Weltkrieg an erster Stelle standen. Auch **P o l e n**, aus Galizien kommend, ließen sich in größerer Zahl erst in österreichischer Zeit im Lande nieder. Aus Siebenbürgen wanderten **S z e k l e r** ein. Auch **T s c h e c h e n** und **S l o w a k e n** setzten sich in einigen Gemeinden in geringer Zahl fest. Ebenso fanden verschiedene Gruppen großrussischer **L i p p o w a n e r**, die, als Sektierer in Rußland verfolgt, Zuflucht in anderen Ländern suchten, in der Bukowina eine neue Heimat. Die **A r m e n i e r**, vielfach Grundbesitzer und Kaufleute, gingen teils im Rumänentum, teils im Ukrainertum auf. Schließlich auch nicht die **Z i g e u n e r**. Im einzelnen gibt nachstehende Uebersicht, die auf den rumänischen Volkszählungen von 1919 und 1930 fußt, über die Nationalitätenverhältnisse in der Bukowina Auskunft¹⁾:

¹⁾ Bei der Zählung von 1919 wurde das nationale Bekenntnis, bei der von 1930 die Muttersprache ermittelt. Weder die eine noch die andere Zählung gibt ein völlig zuverlässiges Bild, da sich vor allem die Juden, aber auch Armenier, Zigeuner usw. zum Teil völkisch als Rumänen oder Ukrainer ausgaben bzw. Rumänisch, Deutsch oder eine andere Sprache als ihre „Muttersprache“ bezeichneten. Die absoluten Zahlen für 1930 sind auf Grund der Verhältniszahlen errechnet. Die Juden erscheinen im Jahre 1930 noch zum Teil unter den Deutschsprachigen.

Zählung	Gesamtbevölkerung	Rumänen	Ukrainer u. Großrussen	Juden	Deutsche	Polen	Sonstige
1919	811 721	378 859	227 361	88 666	68 075	34 119	14 641
	100,0 v. §.	46,7 v. §.	28,0 v. §.	10,9 v. §.	8,4 v. §.	4,2 v. §.	1,8 v. §.
1930	853 524	350 800	291 900	74 300	93 900	28 200	14 500
	100,0 v. §.	41,1 v. §.	34,2 v. §.	8,7 v. §.	11,0 v. §.	3,3 v. §.	1,7 v. §.

Die Rumänen bilden in der Bukowina also eine knappe Minderheit, südlich des Sereth allerdings eine starke Mehrheit, während nördlich dieses Flusses die Ukrainer die Mehrheit darstellen. Die anderen Nationalitäten machen zusammen ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus.

In der Bukowina gab es schon Jahrhunderte, bevor das Land unter österreichische Verwaltung kam, vereinzelt kleine Deutschstammsgruppen, so vom 14. bis 16. Jahrhundert aus Siebenbürgen und Polen eingewanderte Gruppen deutscher Kaufleute, Handwerker usw. in den Städten Sereth und Sutschawa und im 18. Jahrhundert deutsche Luchnachersiedlungen in der Nordbukowina, die sich jedoch nicht zu behaupten vermochten. Das gegenwärtig in der Bukowina sitzende Deutschtum ist ein Ergebnis der österreichischen Kolonisationspolitik. Als erste kamen im Jahre 1782 bäuerliche Kolonisten, zumeist rheinfränkischen Stammes aus dem Banat, ins Land, die zu sehr ungünstigen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg lange Zeit hemmenden Bedingungen (jährliche Neuverteilung des Grund und Bodens durch die Gemeindeverwaltungen, Robot und andere Lasten) angesetzt wurden. Ihnen folgten im Jahre 1787 schwäbische Kolonisten, die als Erbzinsler in einigen Dörfern zwischen Ischnowitz und Sutschawa eine neue Heimat fanden. In der Folgezeit waren es großenteils nichtbäuerliche Siedler, die zur bergbaulichen und gewerblichen Erschließung des Landes herangezogen wurden, und zwar Arbeiter aus der Zips und Siebenbürgen, die verschiedene Bergwerkskolonien in den Karpathentälern anlegten, wie Jakobeni an der Goldenen Bistritz, Mariensee bei Kirlibaba, Luifental und Pojoritta im oberen Moldautal, Eisenau bei Bama und Freudental im Moldawikatäl, ferner Glashüttenarbeiter aus dem Böhmerwald, durch die u. a. die Arbeiteriedlungen Alt- und Neuhütte bei Ciudeiu, Karlsberg bei Putna und Fürstental bei Marginea entstanden. Als diese bergbaulichen und industriellen Betriebe später stillgelegt wurden, wurden die Kolonisten Holzschläger, Kleinbauern oder Handwerker. Mit der Anlegung einiger Bauernsiedlungen im Urwaldgebiet, die mit Deutschböhmen besetzt wurden, fand die staatliche Siedlungspolitik in der Bukowina um 1840 ihren Abschluß. Doch entstanden auch in der Folgezeit und selbst nach dem Weltkrieg noch zahlreiche deutsche Dörfer. Auch drangen die deutschen Kolonisten vielfach in fremdvölkische Siedlungen ein, dort größere oder kleinere Minderheiten bildend. Neben dieser Bauern- und Arbeiterkolonisation ging ein ununterbrochener Zuzug deutscher Beamten, Lehrer, Handwerker, Gewerbetreibender usw., die sich in den Städten niederließen, einher.

Dieser Siedlungsgang hat zur Folge, daß die Deutschen der Bukowina, anders als die in Bessarabien, fast über das ganze Land verstreut sitzen und eine stark ausgebildete nichtbäuerliche Schicht aufweisen. Die in den Jahren 1930—33 vom „Deutschen Volksrat in der Bukowina“ durchgeführte Zählung hat über 66 000 (genau 66 286) Deutsche ermittelt. Sie verteilen sich auf die einzelnen Kreise wie folgt:

Ischnowitz . . .	15 340	Radauß	15 805	Sutschawa	9301
Kimpolung . . .	18 521	Storofineß	7 319		

In Wirklichkeit ist die Zahl der Deutschen noch etwas höher, da in einigen Kolonien die Zählung nicht durchgeführt werden konnte und sich verständlicherweise manche Deutsche scheuten, sich durch die Zählung, die ja einem offenen Volksstumsbekenntnis gleichkam, erfassen zu lassen, so daß die Gesamtzahl der Deutschen in der Bukowina mit rund 70 000 angesetzt werden kann. Die Deutschen sind überwiegend römisch-katholisch.

Bei einer kirchlichen Zählung im Jahre 1934 wurden unter etwa 98 000 Katholiken in der Bukowina 56 253 Deutsche ermittelt. (Der Rest waren Polen und Szekler.) Die 21 395 Protestanten des Landes waren zum größten Teil deutscher Volkszugehörigkeit. Die Deutschen machen etwa 8 v. H. der Gesamtbevölkerung der Bukowina aus. Im nördlichsten Landesteil, also nördlich des Pruth, ist das Deutschtum nur mit verschwindend kleinen städtischen Gruppen vertreten. Starke Deutschtumsgruppen sind dagegen in den größeren Orten des übrigen Landes vorhanden. An der Spitze steht die Landeshauptstadt Tschernowiß, die unter 111 000 Einwohnern (im Jahre 1930) über 13 000 Deutsche anweist. In Radauß machen die Deutschen mit fast 4300 Seelen etwa ein Viertel der Einwohnerzahl aus. Gura Humorä hat 2440, Kimpolung 1640, Sutschawa 1630, Sereth 1460 und Dornawatra 1350 Deutsche (nach der Zählung des Deutschen Volksrates von 1930/33). Allein in diesen sieben größeren Orten wohnen etwa 30 v. H. der Deutschen des Landes. Dem entspricht die Berufs-gliederung des bukowinischen Deutschtums, die nach der Zählung des Volksrates für die fünf Verwaltungsgebiete folgendes Bild ergibt²⁾:

Kreis	Landwirtschaft		Handwerk mit landw. Neben- erwerb		Gewerbe, Industrie, Handel		Arbeiter, Tage- elöhner, Schüler		Freie Berufe, Festangestellte	
	Personen	v. H.	Personen	v. H.	Personen	v. H.	Personen	v. H.	Personen	v. H.
Tschernowiß	2 225	15,1	1783	11,5	4 057	26,3	1 766	11,4	5 509	35,7
Kimpolung	3 772	20,4	1580	8,6	3 704	19,9	7 334	39,6	2 131	11,5
Radauß	4 689	29,8	1783	11,2	3 736	23,6	3 794	24,1	1 803	11,3
Gorajinez	2 020	27,5	1187	16,3	1 249	17,1	1 971	26,9	892	12,2
Sutschawa	3 998	42,9	605	6,5	2 700	29,2	687	7,3	1 311	14,1
Insgesamt	16 704	25,3	6938	10,4	15 446	23,4	15 552	23,4	11 546	17,5

Demnach entfällt nur etwa ein Viertel der Deutschen auf die Berufsgruppe Landwirtschaft. Dabei überwiegt unter dem landwirtschaftlichen Teil des Deutschtums das Kleinbauernum. Großbauern mit mehr als 100 Hektar Land hat es unter den bukowinischen Deutschen schon vor der rumänischen Agrarreform nicht gegeben. Anders als das bessarabische Deutschtum ist das in der Bukowina also durch die Agrarreform in seinem Landbesitz nicht beeinträchtigt worden; allerdings haben die bukowinischen Deutschen, da sie mit geringen Ausnahmen bei der Landzuteilung übergangen worden sind, auch keinen irgendwie nennenswerten Nutzen von der Reform gehabt. Nach der Volksratszählung von 1930/33 gibt es unter den Deutschen 5 790 Familien ohne jeden Grundbesitz³⁾, 5112 Familien mit Grundbesitz bis zu 0,5 Hektar (in diese Gruppe gehören die städtischen Grundbesitzer und die Arbeiter, die nur Hausstellen mit etwas Gemüse- oder Kartoffelfland haben), weiter 4104 Familien mit einem Grundbesitz von 0,5 bis 2,5 Hektar, 1408 Familien mit einem Grundbesitz von 2,5 bis 5 Hektar. Nur 802 deutsche Familien haben einen Grundbesitz von mehr als 5 Hektar. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche, die sich in deutschem Besitz befindet, beläuft sich auf nur etwa 20 000 Hektar (gegenüber etwa 320 000 Hektar in Bessarabien)! Auf 100 Hektar landwirtschaftlich genutzte deutsche Fläche entfallen in der Bukowina demnach nicht weniger als 326 Personen (gegenüber nur 25 Personen in Bessarabien)!

Etwa drei Viertel der bukowinischen Deutschen gehören den nichtlandwirtschaftlichen Berufsgruppen an, wobei jedoch die meisten Handwerker und Arbeiter eine Landparzelle besitzen. Die deutsche Arbeiterschicht, die besonders in der Kimpolunger Gegend stark vertreten ist, geht noch auf die industriellen Kolonisationsanfänge am Ausgang des 18. Jahrhunderts zurück. Selbständige deutsche Industrieunternehmungen gibt es in der Bukowina nur in geringer Zahl, so in Radauß, Kimpolung, Jakobeni, Batra-Moldovitei und Sereth. Der deutsche Handwerkerstand in den Städten hat die führende Stellung, die er früher innegehabt hat, an die fremd-

²⁾ Veröffentlicht im Handwörterbuch des Grenz- und Ausland-Deutschtums, Bd. 1, Seite 617.

³⁾ a. a. O. S. 618.

völkische, vor allem jüdische Konkurrenz verloren. Ungewöhnlich stark ist der Anteil der Freien Berufe und Festangestellten. Dieser macht etwa ein Sechstel des Gesamtdeutschtums aus. In dieser Tatsache spiegelt sich die politisch, wirtschaftlich und kulturell führende Rolle, die das Deutschtum rund 140 Jahre lang in der Bukowina gespielt hat und die in der 1875, nach der Polonisierung der Lemberger Hochschule errichteten deutschen, nach 1918 romanisierten Universität Tschernowiß ihren bezeichnendsten Ausdruck gefunden hat.

Durch die neue Grenzziehung ist etwa die Hälfte der Bukowina an die Sowjetunion gefallen. Die neue Grenze verläuft von der Südostecke Ostgaliziens zunächst in ungefähr östlicher Richtung, biegt dann nach Nordosten ab, stößt etwa halbwegs zwischen den Städten Sereth und Storojinez auf den Sereth und verläuft dann am Sereth entlang in südöstlicher Richtung zur bessarabischen Grenze. Nördlich dieser Grenzlinie, also auf heute zur Sowjetunion gehörendem Gebiet, siedelt die knappe Hälfte der bukowinischen Deutschen. Die weitaus größte Deutschumsgruppe der Nordbukowina ist die in Tschernowiß (13 000 Deutsche). Daneben sind in der Nordbukowina im wesentlichen drei deutsche Siedlungsgruppen zu unterscheiden: 1. schwäbisch-psälzische Siedlungen im Ostteil des Landes zwischen Pruth und Sereth mit ungefähr 4000 Deutschen, 2. vorwiegend deutschböhmische Siedlungen im Raum zwischen den Oberläufen von Sereth und Tutschawa mit ungefähr 7000 Deutschen und 3. vorwiegend schwäbisch-psälzische Siedlungen im Raum zwischen oberem Sereth und ostgalizischer Grenze mit knapp 2000 Deutschen. Hierzu kommen noch verstreute kleine Deutschumsgruppen im übrigen Land. Der Grundbesitz der nordbukowinischen Deutschen beläuft sich auf schätzungsweise 9000 Hektar.

Obwohl die Deutschen in der Bukowina in österreichischer Zeit die unbestrittene Führung besaßen, wurde in diesem Lande doch niemals eine Germanisierungspolitik getrieben. Im Gegenteil war gerade dieses kleine Kronland ein Musterbeispiel für die „übervölkische“ Verwaltungspolitik, wie das habsburgische Regime sie sich vorstellte. „In keinem anderen Teil des Habsburgerreiches hoben sich die völkischen Kräfte derart gegeneinander auf, waren die geschichtlichen Gegensätze derart verlaßt, hatte das große Erwachen der Völker einen derart geringen Widerhall gefunden, so daß sich hier tatsächlich das Phänomen des ‚österreichischen Menschen‘ zu bilden begann. Die Grenzen der Bukowina umschlossen bei Ausbruch des Krieges eine im Entstehen begriffene Ideal-k.k.-Monarchie en miniature.“ (Wolfgang Höpfer: „Rumänien diesseits und jenseits der Karpathen“.) Diese farblose völkische Atmosphäre wirkte naturgemäß auch auf die Deutschen, die ja als die hauptsächlichsten Inhaber der staatlichen Gewalt deren eigentliche Schöpfer waren. Nationale Mischungen, durch konfessionelle Mischungen ergänzt, waren keine Seltenheit. Beispiele wie dieses, daß ein „Bukowinaer“, dessen Mutter eine Jüdin, dessen Vater ein zum Protestantismus übergetretener Ukrainer war und den seine deutsche Frau zum Uebertritt zum Katholizismus veranlaßte, ließen sich häufen. Es entstanden in den vielfältigsten Variationen völkische Unklarheiten und Uebergangerscheinungen, die sich auf die Dauer auf die Festigkeit und Geschlossenheit des Deutschtums gefährlich auswirken mußten. Besonders klar trat diese Gefahr in der Haltung der Juden zutage, die sich in die Reihen des Deutschtums hineinzudrängen verstanden. Bezeichnend hierfür war es, daß sich nach Ausweis der Volkszählungen vor dem Welt-

„Die Geschichte hat bewiesen, daß die Slawen von ihren Niederlagen lebten, die Deutschen aber sich an ihren Siegen stärkten. Sie hat auch bewiesen, daß die Slawen zäher und widerstandsfähiger sind, wenn sie nicht frei sind, als wenn sie unabhängig sind.“

Dr. B. Krišković

(in „Bečernik“, Marburg a. d. Drau, vom 26. März 1940)

Kriege nicht weniger als 95 v. H. der Juden des Deutschen als „Muttersprache“ bedienten und daß der Liberalismus Jahrzehnte hindurch die politische und kulturelle Ausrichtung der bukovinischen Deutschen nahezu monopolartig beherrschte. War es trotz des Kampfes, der zuerst vom „Verein der christlichen Deutschen in der Bukowina“ im Jahre 1897 aufgenommen wurde, auch nur zum Teil möglich, die Schäden wiedergutzumachen, die die Periode der völkischen Bastardierung dem Deutschtum des Landes zugefügt hatte, so mündete doch, je mehr sich das Völkerknäuel dieses Landes unter dem Einfluß der aus den Nachbargebieten übergreifenden Volkstumsbewegungen entwirrte, auch der Weg der bukovinischen Deutschen schließlich in die Straße der Erneuerungsbewegung der Deutschen in Rumänien ein.

Ein Kapitel deutscher Soldatengeschichte

Die Union mit dem Großfürstentum Litauen, die im Jahre 1386 mit der Wahl Jagiello zum König von Polen begann und durch den Rechtsbruch des Lubliner Landtages im Jahre 1569 vollendet wurde, vergrößerte Polen wohl auf der einen Seite um das Mehrfache seines Umfangs, verwickelte es auf der anderen Seite aber auch in fast ununterbrochene Kämpfe um seine sich in der Weite des osteuropäischen Raumes verlierenden Grenzen. Diesen Kämpfen war ein Staatsgebilde, dessen herrschendes Volkstum nur einen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmachte und in hohem Maße der kolonisatorischen Begabung und der politischen Gestaltungskraft entbehrte, auf die Dauer nicht gewachsen. Hätte den Polen bei den Auseinandersetzungen mit ihren östlichen Nachbarn, den Moskowitern, Kosaken, Tataren und Türken, nicht stets fremde Hilfe zur Verfügung gestanden, dann wäre ihr durch die Union mit Litauen unförmig aufgeblähter Machtbereich wohl schon sehr bald wieder zusammengebrochen. Deutsche Soldaten waren es zum guten Teil, die Polen vor allem im 16. und 17. Jahrhundert oftmals vor dem ihm aus dem Osten drohenden Untergange bewahrten.

Seine Kriege im Osten führte Polen, dessen adliges Aufgebot den Anforderungen und Methoden der damaligen Kriegsführung nicht mehr gewachsen war, zum großen Teil mit deutschen Truppen. Podolien, das fast ein Jahrhundert lang den Raubzügen der Tataren ausgesetzt war, fand in einem Deutschen aus Schlesien, Bernhard von Prittviß, seinen geseierten Beschützer und Retter. Im Jahre 1540 vertraute der König von Polen diesem Deutschen, den er zum Starosten von Bar bestellte, die Verteidigung der Südostgrenze an. „Und bald“, so schreibt der polnische Historiker Pulaski, „wurde Prittviß der Mann der Vorsehung für die podolischen Lande“. Er gestaltete das Verteidigungssystem und die Heeresorganisation nach Kosakenart um, schuf einen Grenzschutz, der der beweglichen Kriegsführung des Gegners angepaßt war, und beschränkte sich nicht auf die Abwehr feindlicher Angriffe, sondern stieß mehrmals in kühnen Vergeltungszügen bis zu den am Schwarzen Meer gelegenen Schlupswinkeln der tatarischen Kriegsvölker vor. Sein Name erlangte, wie der ukrainische Historiker Hruschewskij sagt, eine ungeheure Volksmächtigkeit. Die zeitgenössischen Chronisten feierten ihn als die „Mauer der podolischen Lande“ und seine Taten als „würdig des Gedenkens aller Polen“. Sein Abwehrsystem machte Schule, und nach ihm leitete sein Sohn, der Wojewode von Podolien, Kastellan von Podolisch-Kamenz und Starost von Trembowla, Jakob von Prittviß, den Grenzschutz. Im Krieg gegen Moskau erstürmte deutsche Infanterie im Jahre 1611 die starke Schlüsselfestung Smolensk. Auch am Zuge nach Moskau in den Jahren 1617/18 waren deutsche Truppenabteilungen unter Offizieren wie Doenhoff, Kleben, Vermut und Butler beteiligt. Bei Chotin führten im Jahre 1621 deutsche Offiziere wie Johann von Weiher, Gerhard und Ernst von Doen-

hoff, und Hans Georg von Arnim annähernd 15 000 Mann deutsche Reiterei und Fußvolk gegen die Türken zum Sieg. Auch Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg hatte für diesen Feldzug Hilfstruppen zur Verfügung gestellt.

Bezeichnend für die Bedeutung, die den deutschen Söldnern in diesen Kriegen um die Ostgrenze Polens zukam, war es, daß sich die Artillerie der polnischen Heere vorwiegend in deutschen Händen befand und daß nicht nur rein deutsche Truppenabteilungen auf polnischer Seite kämpften, sondern auch Regimenter „auf deutschen Fuß“ organisiert wurden, deren Mannschaften zwar aus Polen oder Ukrainern bestanden, deren Offiziere aber Deutsche waren, in denen die deutsche Kommandosprache herrschte und die Ausbildung nach deutschem Muster erfolgte. Stark war auch die deutsche Mitwirkung in den Kriegen mit den Kosaken, deren Aufstände im 17. Jahrhundert zu einer schweren Gefahr für Polen wurden. „In der Frage des Anteils deutscher Truppen an diesen Kriegen“, sagt der ukrainische Historiker Dljantschin, „liegen die Ursachen für die Mißerfolge der Kosaken seit dem Jahre 1625 und für jene Niederlagen, die der große Hetman (Chmelnickij) mit seinen Kosakenheeren im Verlauf von ungefähr sechs Jahren (1648—1654) erlitt, als er das ukrainische Reich gründen wollte. Alle diese blutigen Mißerfolge und schweren Niederlagen fügten den Kosaken nicht so sehr polnische als vielmehr deutsche Truppen bei, die Polen im damaligen Deutschland oder Oesterreich angeworben oder vom brandenburgischen Kurfürsten oder kurländischen Herzog erhalten hatte.“ Als in den Jahren 1637/38 deutsche Regimenter in der Ukraine bei Kumejki und Staree die Kosaken besiegt und deren Schanzen und Wagenburgen im Sturm genommen hatten, verkündete ein Zeuge dieser Kämpfe, der Pole Szymon Dkolski, den Ruhm der deutschen Soldaten: „Schau, o Krone, auf deine Diener, wie sie, obwohl sie Ausländer sind, doch für die Unversehrtheit, Gesundheit und Ehre deiner Grenze ihr Blut vergießen und mit ihm deinen Ruhm besiegeln.“

Als dann im Jahre 1648 der große Kosakensturm losbrach, als die Burgen, Herrnsitze, Klöster und Kirchen der Polen in der Ukraine in Flammen aufgingen, als die Polen in hellen Scharen die Flucht ergriffen und das Land schon verloren gaben, als Chmelnickij bei Pilawce gesiegt hatte und gegen Lemberg, Premissel und Samosch marschierte, da waren es wieder deutsche Regimenter, die sich dem Sturm entgegenstellten und Polen in der Stunde höchster Gefahr vor dem Zusammenbruch schützten. Im belagerten Lemberg leitete der deutsche Bürgermeister Martin Großwäier mit Hilfe deutscher und anderer Söldner die Verteidigung der von den meisten polnischen Bürgern verlassenen Stadt. Samosch wurde von 3000 Mann deutscher Truppen unter dem Befehl des Elbinger Kastellans Ludwig von Weiher und des Marienburger Wojewoden Jakob von Weiher gehalten. Das bedrohte Premissel wurde von dem Gutsbesitzer Korniakt, der die deutschen Kolonisten seiner Dörfer aufgeboten hatte, entsetzt. Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg schickte einige tausend Mann Fußvolk und Reiterei unter dem Befehl des Generalmajors Christof von Huwaldt den bedrängten Polen zu Hilfe. In dem von den Kosaken belagerten Baraz kämpften 1649 etwa 5000 Deutsche. In der Schlacht bei Bborow taten sich die deutschen Söldner, die etwa ein Viertel der von Kanzler Ossolinski befehligten Kronarmee ausmachten, besonders hervor. Bei Lojow siegte ein polnisches Heer unter Radziwill, das in der Mehrheit aus deutschen Truppen bestand, über eine kosakisch-tatarische Uebermacht. Auch in der Schlacht bei Berestetschko, durch die Polen aus tödlicher Gefahr gerettet wurde, gaben im Jahre 1650 nach dem Urteil des Ukrainers Dljantschin die deutschen Regimenter und die Kriegskunst des brandenburgischen Generalmajors von Huwaldt den Ausschlag. Ebenso kämpften in dem Kriege mit Moskau, der durch den Vertrag von Andruschow 1667 beendet wurde, wieder brandenburgische Dragoner und deutsche Landsknechte auf polnischer Seite.

Im Jahre 1668 wurde Weißkirchen (Bialocerkiew), damals die einzige noch in polnischer Hand befindliche Festung in der Ukraine, von dem deutschen Regiment des Oberst von Löbell gegen die Kosaken, die der Hetman Doroschenko erneut bis nach Lemberg und Lublin geführt hatte, gehalten. Der furchtbarste Schlag, den Polen in diesem Kriege erhielt, war die Eroberung von Podolisch-Kamenj durch die Türken im Jahre 1672. Von der polnischen Kronarmee und dem König Michael Wisniowiecki schmählich im Stich gelassen, trogten in der Festung 1100 Mann, vorwiegend Deutsche, die unter dem Befehl des Artilleriemajors von Henking standen, der gewaltigen Uebermacht der verbündeten Kosaken, Tataren und Türken. Henking zog den freiwilligen Tod einer schmachvollen Uebergabe vor und sprengte sich samt dem Pulverturm in die Luft. Auch später, als Johann Sobieski nach dem Friedensvertrag von Buczacz von 1672, in dem Polen die ganze Ukraine mit Podolien an die Türkei hatte abtreten müssen, den Krieg von neuem aufnahm, kämpften wiederum deutsche Soldner und brandenburgische Hilfskorps auf polnischer Seite, und selbstverständlich waren auch in dem polnischen Heer, das Sobieski im Jahre 1683 nach Wien führte, um sich an der Befreiung der von den Türken belagerten Kaiserstadt zu beteiligen, starke deutsche Truppenkontingente vorhanden.

So waren durch Jahrhunderte hindurch deutsche Soldaten an der Verteidigung der Ostgrenze Polens beteiligt. In vielen verzweifelten Situationen gaben ihre Waffen den Ausschlag. Ihnen und den deutschen Bürgern der reußischen Städte hatte es Polen zum guten Teil zu verdanken, daß seine Macht nicht schon im 16. oder 17. Jahrhundert wieder hinter die Bug-San-Linie zurückgedrängt wurde. Deutsch war in diesen kriegerischen Jahrhunderten namentlich die Artillerie der polnischen Heere. Auch der Festungsbau in den Grenzgebieten Polens lag damals zum größten Teil in den Händen deutscher Meister. Die Geschütze für die polnischen Heere wurden in deutschen Werkstätten gegossen. Die unzulängliche technische und finanzielle Organisation der polnischen Kriegsführung und die geringe Kriegstauglichkeit des polnischen Adelsaufgebotes, das seinen Mangel an Kriegskunst nicht immer durch Mut zu ersetzen vermochte, waren den Anforderungen der Kriegsführung in der Ukraine nicht gewachsen. Es bedurfte deutscher Offiziere und Soldaten, um die Grenze zu halten. Die Geschichte des Kampfes um die Ostgrenze der Adelsrepublik ist in vielen ihrer entscheidenden Phasen deutsche Soldatengeschichte.

Salz, Braunkohle und Eisenerze im Warthegau

Man ist gewohnt, den natürlichen Reichtum des Warthegaues ausschließlich in seinem zumeist fruchtbaren Ackerboden zu sehen. Daß der Boden des Gaues auch verschiedene abbauwürdige mineralische Schätze birgt, ist wenig bekannt. Einen Ueberblick über die Bodenschätze des Warthegaues hat der kommissarische Leiter des geologischen und mineralogischen Instituts der Universität Posen, Dr. P. W. Thomson, in der Zeitschrift „Warthegau-Wirtschaft“ gegeben. Danach steht unter den Bodenschätzen des Warthelandes das Salz an erster Stelle. In einer breiten Zone, die sich von Rosko und Charnikau an der Versailler Grenze in östlicher Richtung nach Hohensalza und Hermannsbad (Cichocinek) und von dort nach Südosten über Kutno Leńschütz ins Generalgouvernement hinein erstreckt, ist reichlich Salz vorhanden. Ebenso sind größere Salzlager bei Dbornik und im Bereich der mittleren Warthe an der ehemaligen deutsch-russischen Grenze wahrscheinlich. Vor dem Weltkrieg wurde in Hohensalza Salz im Bergbaubetrieb gewonnen; 1907 ging man nach Einbruch des Grundwassers auf einen Solbetrieb über, der in polnischer Zeit fortgesetzt wurde und auch gegenwärtig noch besteht. In Hermannsbad besteht gleichfalls ein Gradierwerk. In Wapno bei Erin ist in polnischer Zeit ein Salzbergwerk angelegt worden. Im Jahre 1935 sind nach polnischen Angaben im Wartheland über 161000 Tonnen

Salz gefördert worden, und zwar in Hohensalza, Solno und Hermannsbad im Solbetrieb und in Wapno bei Egin im Bergbaubetrieb. Die Rochsalzgewinnung ist im Warthegau ohne Zweifel noch sehr ausbaufähig. Wahrscheinlich ist auch, daß die geplanten geophysikalischen Untersuchungen und Bohrungen auch Kalisalzlager nachweisen werden, die im Bergwerksbetrieb abgebaut werden können. Die bisher festgestellten Kalisalzlager haben eine zu geringe Mächtigkeit und liegen zu tief.

Die Erfahrung lehrt, daß häufig Erdöl mit Salz vergesellschaftet ist. So hat z. B. das planmäßige Abbohren der Salzstöcke in Nordwestdeutschland gute Ergebnisse gezeitigt und zur Auffindung von Erdölvorkommen geführt. Es ist also durchaus wahrscheinlich, daß man auch im Wartheland, wo die geologischen Verhältnisse dieselben sind, auf Erdöl stoßen kann. Tatsächlich sind bei Egin, Hohensalza, Leslau ufw. schon Erdölspuren festgestellt worden; auch in den Salzgebieten von Dornik und Peisern dürfte ein Vorkommen von Erdöl nicht ausgeschlossen sein. Die bisherigen Bohrungen haben allerdings noch keine greifbaren Ergebnisse gezeitigt. Reich ist der Boden des Warthelandes auch an Braunkohle. Man kann annehmen, daß etwa die Hälfte der Oberfläche von Braunkohle unterlagert ist. Die bisher freilich noch sehr lückenhaften Bohrungen haben an vielen Stellen, insbesondere bei Rosko, Zirk, Birnbaum im nordwestlichen Wartheland, bei Lissa, Kosten, Jarotschin und Gostingen im südwestlichen Gagebiet, ferner bei Mogilno, Warthbrücken und Leslau im mittleren und nördlichen Landesteil, beträchtliche Braunkohlenlager nachgewiesen. Doch stößt der Abbau fast überall auf große Schwierigkeiten, da die von wasserundurchlässigen Flammentonen überlagerten Braunkohlensande unter einem so starken Wasserdruck stehen, daß das Wasser aus den Bohrlöchern, die den Sand erreichen, als Quelle herausfließt. Nur am Westrand des Warthelandes, wo der Wasserdruck geringer ist, sind bereits vor dem Weltkrieg Braunkohlengruben in Betrieb gewesen, nämlich bei Rosko und Zirk. Doch dürfte auch das Gebiet von Konin an der mittleren Warthe aller Wahrscheinlichkeit nach für die Anlage von Braunkohlengruben gut geeignet sein.

An weiteren Bodenschätzen des Warthegaues sind zu erwähnen: Gips ist im Zusammenhang mit den Salzvorkommen bei Hohensalza und Egin sowie bei Leslau in abbauwürdigem Zustand vorhanden. Im Südosten des Warthegaues gibt es ausgebreitete Gips- und Kreidesteinlager, die einen wertvollen Baustein liefern. An der schlesischen Grenze bei Praschkau und Vorbrück wird Eisensandstein mit stellenweise 30 v. H. Eisengehalt gewonnen. In der Gegend von Wielun lagern große Kalksteinvorräte, die im Straßenbau oder zur Kalkgewinnung Verwendung finden. Im nördlichen Gagebiet, bei Wapin und Hainsdorf, wo der Weißjurakalk fast an die Oberfläche tritt, gibt es große Steinbrüche, die mit Kalköfen und Schotteranlagen verbunden sind. Gutes Baumaterial liefern in zahlreichen Steinbrüchen die Kalkmergelvorkommen bei Uniejow und Poddebice südlich Warthbrücken und Lentschütz. Das dort gewonnene Gesteinmaterial eignet sich vorzüglich zu Hochbauten und könnte in noch weit größerem Maße als bisher genutzt werden.

Ein bisher kaum erschlossenes Bodenvorkommen des Warthelandes sind die Raseneisenerze. Sehr reiche derartige Eisenerzlager sind im Westen des Gaues, bei Kolmar, Warthstadt und Dornik, anzutreffen. Noch ausgebreiteter sind die Raseneisenerzgebiete im Süden und Südosten des Gaues, bei Schrimm, Jarotschin, Lurek, Konin, Ostrowo, Kalisch und Litzmannstadt. Das Erz liegt in den anmoorigen Wiesen, in der Regel in einer Tiefe von 10 bis 50 Zentimeter, gelegentlich auch tiefer; die Mächtigkeit beträgt meist nur wenige Dezimeter, doch kommen auch Mächtigkeiten bis zu 50 Zentimeter und 1 Meter vor. Bei einem planmäßigen Umbruch der feuchten Wiesen kann das Erz ohne größere Unkosten gewonnen werden. In den Erzschichten findet sich auch häufig Vivianit, das von der Bevölkerung vielfach als Farbstoff (blau) benutzt wird. Bei der Bearbeitung der Erze können

phosphorhaltige Schlacken, die einen guten Kunstdünger darstellen, als Nebenprodukt gewonnen werden. Auch als Baumaterial wird das sehr feste Kaseisen-
erz vielfach benutzt.

Für das an Steinen arme Wartheland sind auch die über das Land verstreut liegenden skandinavischen Findlinge, die sogenannten Lefesteine, von Bedeutung; sie sind in den meisten Gebieten des Gaues das einzige heimische Straßenbaumaterial. Im westlichen Teil des Warthegaues ist der Vorrat der auf den Aedern lagernden Lefesteine schon stellenweise erschöpft; im östlichen, ehemals kongreßpolnischen Teil sind sie jedoch noch in großer Menge vorhanden. Im Bereich der Endmoränen treten diese Steine in größeren Lagern auf; in den durch spätere Talbildungen zerstörten Endmoränenzügen liegen diese Blockpackungen häufig frei zutage. Solche Stellen befinden sich namentlich in Thorn-
Eberswalder Urstromtal. An vielen Stellen des Gaues finden sich dort, wo durch das fließende Wasser die feinkörnigen Bestandteile der Endmoränen fortgeschwemmt worden sind, ausgedehnte Kieslager. An den Hängen der tieferen Urstromtäler treten vielfach die bereits erwähnten Flamentone an die Oberfläche. Sie bilden ein gutes Rohmaterial für Ziegeleien und keramische In-
dustrien. Wo, wie bei Pakosch und Spatenfelde nahe Kalisch, Tone in der Nähe von Kalksteinlagern auftreten, ist die Grundlage für eine Zementindustrie gegeben. Hochmoore sind wegen des verhältnismäßig trockenen Klimas im Wartheland nicht vorhanden. Dagegen sind in den Urstromtälern und den Rinnsenken Niedermoo-
re stark verbreitet. Der wirtschaftlichen Nutzung ihrer Torflager sind verhältnismäßig enge Grenzen gesetzt, da der Abbau leicht den Grundwasserstand des umliegenden Kultur-
landes ungünstig beeinflusst.

Neuordnung in der Slowakei

Ende Juli d. J. sind bei den Besuchen der rumänischen, bulgarischen und slowakischen Staatsmänner auf dem Obersalzberg die Grundzüge der Neuordnung Südosteuropas festgelegt worden, nachdem einige Zeit zuvor bereits in deutsch-
ungarischen Besprechungen die künftige Situation Ungarns klargestellt worden war. Als unmittelbare Auswirkung dieser Besuche der südosteuropäischen Staatsmänner beim Führer haben bereits rumänisch-bulgarische und rumänisch-ungarische Verhandlungen über gewisse territoriale und volkstumsmäßige Veränderungen zwischen den drei genannten Staaten begonnen. Die Slowakei ist an diesen sich dort anbahnenden Revisionen nicht mehr beteiligt. Ihr Verhältnis zu den Nachbarstaaten, das im Zeichen der Schutzherrschaft des Deutschen Reiches steht, ist durch die Grenzfestsetzung gegenüber Ungarn im November 1938 und April 1939 und durch die Befreiung der von Polen geraubten Gebiete im September 1939 geregelt worden. Ob der auf slowakischer Seite wiederholt erörterte Plan einer abschließenden Nationalitätenvereinigung durch einen slowakisch-madjarischen Bevölkerungsaustausch verwirklicht wird, steht noch dahin. Das Ergebnis der Besprechungen auf dem Obersalzberg ist, soweit es die Slowakei betrifft, folgendes:

Entgegen den Gerüchten, die von deutschfeindlichen Kreisen in der offenkundigen Absicht, die slowakische Öffentlichkeit gegen das Reich aufzureizen, in Umlauf gesetzt worden sind, daß nämlich das Reich sich entschlossen habe, die Selbständigkeit der Slowakei zugunsten Ungarns fallen zu lassen, ist klargestellt worden, daß der Gedanke völlig ausscheidet, das slowakische Volk etwa einer Karpathenraum-
fiktion, wie sie immer noch von madjarischen Kreisen propa-
giert wird, zum Opfer zu bringen. Im übrigen hat es sich bei den Besprechungen darum gehandelt, gewisse innerpolitische Entgleisungen, die sich seit einiger Zeit in der Slowakei eingestellt hatten, in Ordnung zu bringen. Die Regierungs-
umbildung, die in diesem Zusammenhang vorgenommen worden ist, beleuchtet die

Situation. Es sind in der Slowakei bisher noch Kräfte am Werke und z. T. noch in maßgeblicher Stellung gewesen, die in gründlicher Verkennung der durch den deutsch-slowakischen Schutzvertrag vom März 1939 geschaffenen Tatsachen geglaubt haben, unter der Hand mit der Benesch-Hodtscha-Emigration gemeinsame Sache machen und der Slowakei irgendeine Rolle im machtpolitischen Spiel gegen das Reich zuweisen zu können. Diese Kreise, deren Exponent jetzt aus der Regierung entfernt worden ist, hatten sich seit längerer Zeit bemüht, durch offene oder heimliche Agitation das deutsch-slowakische Vertrauensverhältnis zu untergraben, die Verwirklichung der der deutschen Volksgruppe gemachten Zusagen zu hintertreiben, die Entjudungspolitik versanden zu lassen, und diejenigen politischen Führer, die eine ehrliche Zusammenarbeit und ein kameradschaftliches Verhältnis zu Deutschland erstrebten, zu stürzen. Auf die Tätigkeit dieser Kreise war es zurückzuführen, daß im Mai d. J. der Propagandachef der Regierung und Oberbefehlshaber der Hlinka-Garde, Sano Mach, kaltgestellt wurde. Nun ist Mach wieder in sein Amt als Chef der Hlinka-Garde eingesetzt und zugleich zum Innenminister ernannt worden. Ministerpräsident Prof. Luka hat die Leitung des Außenministeriums übernommen.

Die mit dieser Regierungsumbildung eingeleitete Entwicklung wird in nächster Zeit in verschiedener Richtung fortgeführt werden. Die Zuständigkeit des Deutschen Staatssekretariats ist dahin auszubauen, daß seine Heranziehung als zentrale Beratungsstelle aller Ämter und Behörden bei allen die deutsche Volksgruppe betreffenden Entscheidungen gewährleistet ist. Die Schwierigkeiten, die bisher noch der Verwirklichung der vollkommenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Gleichstellung der Angehörigen der deutschen Volksgruppe mit den slowakischen Volksangehörigen entgegengestanden haben, sind zu beseitigen; so bedürfen z. B. noch die Sprachenfrage, die Fahnenfrage, die Arisierungfrage, die Staatsbürgerschaftsfrage usw. einer befriedigenden Lösung. Weiter gehört der Ausbau aller Selbstverwaltungskörperschaften der deutschen Volksgruppe, des Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Vereins-, Schulwesens usw., zu den Forderungen, die Staatssekretär Karmasin der Regierung vorgelegt hat. Es ist dafür zu sorgen, daß der bei der Arisierung der Wirtschaftsbetriebe vielfach eingerissenen Korruption gesteuert und daß die Lösung der Judenfrage auch auf die „kleinen Juden“ ausgedehnt wird. Alle Möglichkeiten einer unmittelbaren oder mittelbaren Einflußnahme jüdischer Elemente auf das öffentliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben der Slowakei müssen ausgemerzt werden. Die vordringlichste und umfassendste Aufgabe aber ist, den sozialen Lebensstandard des slowakischen Volkes zu heben, den Bauern lohnende Preise und den Arbeitern gerechte Löhne zu verschaffen. Auf einer deutsch-slowakischen Kundgebung in Preßburg hat Ministerpräsident und Außenminister Prof. Luka am 30. Juli erklärt: „Der slowakische Nationalsozialismus wird nach den Grundsätzen des deutschen erstehen. Alle müssen arbeiten und für die Arbeit einen gebührenden Lohn erhalten. Einigkeit, Disziplin und Freude an der Arbeit, das ist unser Ziel. Sachliche und persönliche Veränderungen müssen kommen. Unsere Ämter werden reorganisiert werden und auch unsere Verfassung werden wir ändern. Für diejenigen, die sich bewußt gegen das Volk und seine Interessen gestellt haben, haben wir Plätze im Konzentrationslager Slava vorbereitet. Ich will meine zukünftige Arbeit vor allem der Lösung der sozialen Frage widmen. Die Arbeiterfrage muß gelöst werden, und zwar nach deutschem Muster.“

Das Deutsche Reich hat dem slowakischen Volke zu staatlicher Selbstständigkeit verholfen und diesem slowakischen Staat seinen festen Platz in einem neugeordneten Europa zugewiesen. Es ist entschlossen, dem slowakischen Volke nicht nur den sicheren Schutz seiner Wehrmacht zu gewähren, sondern auch alle Unterstützung zu geben, deren es zur Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte und zur Besserung seiner sozialen Verhältnisse bedarf. In einer solchen Slowakei aber ist kein Platz mehr für Parteigänger deutschfeindlicher Mächte und muß die deutsche Volksgruppe den Platz einnehmen, der ihr als einem staatstragenden und die deutsch-slowakische Verbundenheit repräsentierenden Faktor gebührt.

Die Befreiung Wiens und die Sobieski-Legende

Die Behauptung, Wien sei im Jahre 1683 durch den König von Polen Johann Sobieski von den Türken befreit worden, gehört zu den großen „Schlagern“ der Propaganda, mit der die Polen sich als die Wahrer und Retter der europäischen Kultur vor der Welt zu brüsten pflegen. Aus dem polnischen Propagandaschrifttum hat diese Behauptung ihren Weg auch in einen großen Teil des nichtpolnischen Schrifttums gefunden. In Wirklichkeit stellt diese Behauptung eine grobe Verdrehung geschichtlicher Tatsachen dar.

Wien war in höchster Gefahr. Seit Mitte Juli 1683 wurde es von den Türken belagert. Sein Fall hätte den Zusammenbruch der europäischen Abwehr- und Angriffsposition gegen die Macht der Türken bedeutet. Während die Kaiserstadt von Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg heldenmütig verteidigt wurde, waren Kaiser und Papst bemüht, eine Koalition der christlichen Fürsten zustandezubringen. Zu den Fürsten, die ihre Hilfe zusagten, gehörte auch der König von Polen. Durch den mit ihm abgeschlossenen Bündnisvertrag war Sobieski verpflichtet, zur Rettung Wiens ein Heer von 40 000 Mann zur Verfügung zu stellen. Bereits im Juni 1683 hatte er die vertragsmäßigen Subsidien in Höhe von 200 000 Reichsthalern erhalten. Als nun die Belagerung Wiens einsetzte und damit der Bündnisfall eintrat, hatte Sobieski jedoch kaum 13 000 bis 14 000 Mann zum Einsatz bereit, mit denen er sich trotz ständigen Drängens des kaiserlichen Generalleutnants, des Herzogs Carl von Lothringen, erst Mitte August von Krakau aus mit einem ungeheuren Troß von 10 000 Wagen langsam und umständlich in Marsch zu setzen begann. Entsprechend schon die Streitmacht, die der König von Polen heranzuführte, bei weitem nicht der vertragsmäßig vereinbarten Stärke, so war der Entschluß des Königs, dem bedrohten Wien zu Hilfe zu kommen, durchaus nicht nur einem christlichen oder europäischen Verantwortungsbewußtsein entsprungen.

Es war vielmehr so, daß sich Polen, das im Frieden von Buczacz 1672 die Ukraine einschließlich Podoliens an die Türken hatte abtreten müssen, seit einigen Jahren selber wieder mit der Türkei im Kriege besand. Sobieski war der Ueberzeugung, die Entscheidung des polnisch-türkischen Krieges, die in der Ukraine nicht zu erzwingen war, an der Seite der deutschen Heere vor Wien erreichen zu können. Für die Einstellung Sobieskis aber war es weiter bezeichnend, daß er selbst noch während des Feldzuges an der Donau seine freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich, das sich eben damals wieder zu einem Angriff auf die Westgrenzen Deutschlands anschickte, fortsetzte und ebenso die Gäden, die ihn mit Tököly, dem Führer der aus türkischer Seite gegen den Kaiser kämpfenden Madjaren, verbanden, nicht abreißen ließ. Im übrigen spielten bei dem Entschluß Sobieskis, an der Befreiung Wiens teilzunehmen, auch persönliche Gründe eine gewichtige Rolle: Sobieski war Wahlkönig; er hoffte, durch eine weltbewegende Tat, die seine Stellung in Polen festigte, den Adel dieses Landes zur Anerkennung der Thronfolgerschaft seines Sohnes, der ihn nach Wien begleitete, gewinnen zu können.

Diese dynastische Sehnsucht war es in der Hauptsache, die Sobieski dazu veranlaßte, darauf zu bestehen, daß ihm der Oberbefehl über die verbündeten Heere zuerkannt und ihm dadurch die Möglichkeit zugeschanzt wurde, sich als den „Befreier Wiens“ auszugeben. Sobieski vertrat diesen Anspruch so hartnäckig, daß er sogar nicht davor zurückschreckte, seine Teilnahme am Kampf von der Erfüllung seiner Forderung abhängig zu machen. Der Oberbefehl aber konnte ihm nur dann zuerkannt werden, wenn der Kaiser auf den ihm zustehenden Rang verzichtete, indem er sich vom Heere fernhielt, und wenn sich die deutschen Reichsfürsten, die sich als erbliche Fürsten dem

gewählten König von Polen zum mindesten gleichrangig fühlten, dem Geltungsbedürfnis Sobieskis freiwillig fügten. Beides geschah. Der Kaiser hielt sich fern und die Reichsfürsten erkannten formal den Oberbefehl Sobieskis an. In Wirklichkeit jedoch stammte der Plan der Schlacht am Kahlenberge, der zur Befreiung Wiens führte, von Herzog Carl von Lothringen, und Sobieski selbst, dem die Kriegsführung deutscher Heere unbekannt und die Kampfweise in bergigem Gelände ungewohnt war, fügte sich dem strategischen Plan des kaiserlichen Generalleutnants.

War so der Oberbefehl Sobieskis vom Standpunkt der Truppenführung aus praktisch gegenstandslos, so war er im Hinblick auf die Zusammensetzung der verbündeten Heere unberechtigt. Denn die von Sobieski herangeführte polnische Streitmacht machte nur etwa ein Fünftel der Gesamtstärke der christlichen Heere aus, die am 12. September 1683 gegen die Heerhaufen Kara Mustaphas antraten. Herzog Carl von Lothringen gebot über 21 000 Mann; unter Kurfürst Johann Georg von Sachsen fochten 11 000 Mann; weitere 11 000 Mann standen unter dem Befehl des Kurfürsten Max Emanuel von Bayern und die vom Fürsten von Waldeck befehligten Reichsvölker zählten noch einmal 10 000 Mann. Daneben führte Sobieski nur 13 000 bis 14 000 Mann ins Feld, unter denen die Kavallerie mit fast 12 000 Mann überwog und die Artillerie, die sich in der Schlacht als besonders wichtig erweisen sollte, nahezu vollkommen fehlte. Es kam noch hinzu, daß das polnische Heer selber nicht etwa nur aus Polen bestand, sondern in seinen Reihen starke Kontingente litauischer und ukrainischer Truppen und vor allem deutscher Söldner zählte. In der Schlacht mußten der polnischen Heeresgruppe auf Verlangen Sobieskis überdies noch 4500 Mann deutsche Truppen, die der Heeresgruppe Lothringen entnommen wurden, zugeteilt werden; denn es war offensichtlich, daß dieses einseitig aus Reiterei zusammengesetzte Hilfskorps, um schlagkräftig zu sein, der Ergänzung durch Fußvolk bedurfte.

Während die deutschen Korps, die das Zentrum und den rechten Flügel der Schlachtordnung bildeten, die Entscheidung erzwangen und durch ein Umfassungsmanöver die türkische Front zum Einsturz brachten, gerieten die Polen unter Sobieski, die auf dem rechten Flügel standen, durch einen übereilten Angriff ihrer Panzerreiter in arge Bedrängnis. Die türkische Führung erkannte diese sich ihr bietende Chance und versuchte durch Gegenangriff auf den weichenden polnischen Flügel zu drücken. Die Lage wurde durch die dem polnischen Korps beigegebenen deutschen Regimente gerettet, die den Rückzug der Panzerreiter deckten, so daß Sobieski Zeit fand, seine Kräfte zu ordnen und neu ins Gefecht zu führen. Der wirkliche Sieger des Tages war Herzog Carl von Lothringen. Dagegen steigerte sich der König von Polen in der Nacht, die er in dem prunkvollen Zelt Kara Mustaphas inmitten der unermesslichen Beute der erstürmten Türkenlager verbrachte, in die Pose des Siegers hinein. Er spielte, als der Sieg errungen war, eine recht unerfreuliche Rolle: Carl von Lothringen wollte den Befehl zur Verfolgung der flüchtenden Türken geben. Sobieski aber weigerte sich, mit seinen Truppen das erbeutete Lager zu verlassen. Er wußte es so einzurichten, daß die deutschen Regimente den Befehl erhielten, Gewehr bei Fuß zu bleiben, da, wie er vorgab, mit einem plötzlichen Gegenangriff der Türken zu rechnen sei. Indessen plünderte der König von Polen mit seinen eigenen Truppen die unermesslichen Schätze des türkischen Lagers. Jetzt wurde es klar, warum sein Heer mit einem Troß von 10 000 Wagen, wie ihn die Türken mit sich zu führen pflegten, nach Wien marschiert war! Noch etwas anderes war es, was Sobieski dazu veranlaßte, sich dem Verfolgungsplan des kaiserlichen Generalleutnants zu versagen: Er fürchtete, daß ein anderer als er als erster in das befreite

Wien einziehen und von den begeisterten Wienern als Befreier begrüßt werden könnte!

Es waren also sehr merkwürdige Methoden, die der König von Polen anwandte, um sich den Ruhm, Wien von den Türken befreit zu haben, zu sichern. Sicherlich hatte dem Kaiser viel an der Hilfe der Polen gelegen. Der Verlauf der Schlacht aber zeigte, daß der Wert dieser Hilfe viel zu hoch eingeschätzt worden war. Die Befreiung Wiens war eine Tat deutscher Heere. Die Polen spielten mit ihrem König an der Spitze vor, während und nach der Schlacht eine recht fragwürdige Rolle.

Die erbliche Belastung des politischen Blicks

Die Botsch-Republik hat nach kaum 20 Jahren eines auch für die breiten Kreise des tschechischen Volkes und für die wirtschaftliche und kulturelle Lage des ganzen Landes wenig erfreulichen Bestehens ein unrühmliches Ende gefunden. Sie ist die Verkörperung der lange — durch ein volles Jahrhundert — heiß und leidenschaftlich herbeigewünschten staatlichen Selbständigkeit der Tschechen gewesen, die diese trotzdem nicht aus eigener Kraft erlangt haben, sondern sich von den Alliierten (im Sinne der Bestrebungen, keine starke Macht im Herzen Europas aufkommen zu lassen) haben schenken lassen, ohne eigenes Verdienst — man müßte denn die zweifelhaften Leistungen desertierter Legionäre und landesflüchtiger Ideologen sehr überschätzen. Nicht auf Grund politischen, Geschichte formenden Handelns, sondern bestenfalls als zweifelhafte Frucht eines ebenso dilettantischen wie intrigantenhaften demokratischen Politisierens ist den Tschechen ihre Eigenstaatlichkeit in den Schoß gefallen. Aus eigener Kraft wäre es den Tschechen als einem Volk von nur 6 Millionen Menschen nie möglich gewesen, ihre Unabhängigkeit gegen die Mittelmächte zu erringen und zu behaupten. Gerade diese Selbstverständlichkeit hätte jeder realpolitischen Auffassung andere nationale Ziele weisen müssen, als sie von den Tschechen verfolgt worden sind. Doch tritt hier, unterstützt durch die gleichgeartete allgemeine Zeit situation des 19. Jahrhunderts, ein rassistischer Grundzug des Tschechentums heraus, ohne Beziehung zu den Gesetzen der Wirklichkeit sich mit der Vorstellung und dem idealistischen Planen zufriedenzugeben und dem Grade der Verwirklichung nicht mehr nachzufragen. Es ist sehr aufschlußreich, zu sehen, wie 100 Jahre lang ein zäher und schließlich erstarrter Wille zur Selbständigkeit niemals zur Tat gereift und endlich lediglich durch einen Zufall ans Ziel gelangt ist. Gerade diese Eigentümlichkeit seiner jüngsten völkischen Geschichte beleuchtet die geistespolitische Lage des Tschechentums. Nach der Schaffung des Protektorates haben die Leitartikler der verschiedenen tschechischen Blätter mehrmals betont, wie schwer es für die Tschechen sei, die Vergangenheit der letzten zwanzig Jahre zu vergessen und aus den Vorstellungskreisen und Verheißungen dieser Zeit herauszukommen. Die kurzen Wochen des englischen Versagens und des französischen Zusammenbruchs seit der Schlacht in Flandern haben nun anscheinend eine tiefere Wirkung gehabt als die langen Monate vorher; erst jetzt sind auch bei ihnen die Vorstellungen von den deutschen Tanks aus Pappe zusammengebrochen. In Wirklichkeit aber reicht die geistige Umstellung, der sich die Tschechen unterziehen müssen, viel weiter zurück als nur zwanzig Jahre: Die Tendenzen des Volksbewußtseins, wie es in propagandistisch äußerst geschickter Weise im 19. Jahrhundert geschaffen worden ist, müssen revidiert werden.

Das tschechische Volksbewußtsein hat sich schon einmal im Mittelalter aus der bewußten und radikalen Abwehrstellung gegen das im Sudetenraum immer stärker Wurzel fassende Deutschtum gebildet (und seinen verzweifeltsten Ausbruch in den Vernichtungskriegen der Hussiten gefunden). Es ist dann unter der Herrschaft der Habsburger und Jesuiten wieder gänzlich geschwunden und erst im Zuge des Erwachens der europäischen Volkstümer unter dem Anstoß der Gedanken Herders am Ende des 18. und im 19. Jahrhundert neu entstanden: Schon in diesem Augenblick des ersten Keimens ist es bewußt ergriffen, gelenkt und ausgebildet, in eine geprägte Form mit festen Formeln und Parolen hineingepreßt

worden, so daß es heute einen Schematismus darstellt, der für jede Frage und Situation assoziativ eine automatische Antwort bereit hat. Zwei Momente haben besondere Bedeutung erlangt: Zum ersten, neben dem Rückgriff auf die hussitische Tradition, vor allem der in der Handschriftenfälschung Wenzel Hanka's zum Ausdruck gebrachte Wille zur Verwurzelung des Denkens und Fühlens der Gegenwart in geschichtlicher Ueberlieferung, und zum zweiten Franz Palacký's Dogma vom ewigen Kampf der Tschechen und der Deutschen, sowie die damit Hand in Hand gehende Ablehnung des gesamten deutschen Kultur- und Geistesgutes und die Hinwendung zunächst zum Slawischen, danach zum Französisch-Englischen als dem deutschfeindlichen Macht- und Kulturbereich. Die Königshofer und Grünberger Handschriften sind beide einwandfrei als Fälschungen des Bibliothekars Wenzel Hanka festgestellt worden, der sie aus dem romantischen Bestreben heraus begangen hat, seinem Volke die gleiche heroische Vergangenheit zu „schenken“, wie sie die Deutschen in dem damals eben erst in seiner nationalen und dichterischen Bedeutung erkannten Nibelungenlied besitzen. Masaryk hat den Streif, der um die Handschriften entbrannte, im Sinne der Wahrheit entschieden; aber sein Auftreten gegen die Fälschungen ist im Grunde nur ein Scheinkampf gewesen. Denn ihren Zweck, das Selbstbewußtsein des Tschechen zu heben und aufzurütteln, hatten die Handschriften inzwischen längst erfüllt, und das Philologengegänk führte zu alledem noch dazu, daß die Angelegenheit nicht in Vergessenheit geriet: Im Gegenteil, vor der Öffentlichkeit gab man die Fälschungen zu und, so gedeckt, pflegte man insgeheim im Volke den Glauben an die kriegerische, siegesstolze, große Vergangenheit, einen Glauben, den man recht unbekümmert gleichzeitig mit den veredelten und heroisierten Erinnerungen an die Hussitenzeit zu einem „nationalen Mythos“ verschmolz. Ein Seitenstück dazu bilden die Predigten tschechischer Priester, die von der Kanzel herab den Tschechen die Hausmacht Kaiser Karls IV., des Lüzelburgers, als „ihr Volksreich der Vergangenheit“ priesen und seine Erneuerung für die Zukunft prophezeiten, also einen „tschechischen Staat“, der außer Böhmen und Mähren noch Schlesien mit der Lausitz und die ganze Mark Brandenburg umfassen sollte: so geschehen bis in die Tage der Münchner Konferenz von 1938 und selbst noch später! Neuerdings sind die Vertreter der Handschriften-Echtheit um die rechtsoppositionelle Gruppe der „Blaska“ geschart, doch ist die Frage, ob echt oder unecht, unwesentlich vor dem im Unterbewußtsein der Tschechen allgemein verbreiteten Glauben an die romantischen Illusionen dieser Fälschungen.

Wenn wir das polnische Volk ins Auge fassen, dann eignet ihm die Genialität der Propaganda. Jeder Pole ist gleichsam sein eigener Reklamechef. In dieser Kennzeichnung steckt aber, sowie wir sie als politische ansehen, weit mehr als die Fähigkeit, einen guten Eindruck zu machen. Genialität der Propaganda erweitert die Wirkung der Person über den inneren Bereich, über die eigene Zuständigkeit hinaus. Er verspricht nicht nur mehr als er hat; er scheint mehr, als er ist, und umgibt sich, bildlich gesprochen, mit einer Einflußsphäre, die ihm nicht zukommt. Kurz und gut, in der Genialität der Propaganda liegt, wie man sieht, innerliche Grenzenlosigkeit oder die Unfähigkeit, Maß zu halten.

Es ist kein Zweifel, daß das polnische Volk aus der Not eine Tugend gemacht hat. Die staatlichen Leistungen, die kulturellen Hervorbringungen, besonders aber jene, die auf dem Felde der bürgerlichen Tugend liegen, kurz all' jene Gebiete, auf denen sich die großen Völker Mittel- und Westeuropas hervorgetan haben, fehlen dem polnischen fast völlig. Das Polentum ist sozusagen spurlos durch die Welt gegangen. Was an großer Architektur in Polen zu finden ist, ob in Warschau, Krakau oder Gnesen, ist ausnahmslos deutsches Werk. Die innere Ordnung des alten polnischen Staates geht auf die deutsche Rechtsordnung zurück. Das alles berührt den Polen nicht. Er lebt jenseits der Wirklichkeit, er lebt so sehr in dieser eingebildeten Welt, daß er sie nicht nur für wahr hält, sondern anderen glaubhaft machen kann. Darin liegt der tiefste Gegensatz zum Deutschtum, welches gleichsam die Metaphysik des Wirklichen für sich erobert hat.

Aus „Polen wider Polen“

Hinter dem Schlagwort Palackýs vom Kampf der Deutschen und der Tschechen steht ebenso sehr die Angst der in ihrem Fortbestand bedrohten tschechischen Volkskraft wie ihre Vermessenheit: Die Tschechen, die eben erst aus dem Erlebnis des nationalen Aufgefogenwerdens im 18. Jahrhundert das Bewußtsein ihres eigenen Volkstums empfangen hatten, besaßen einen sehr empfindlichen Blick für die Gefahren ihres tief in den deutschen Volks- und Lebensraum vorgeschobenen Wohngebietes. Sie glaubten aber trotz ihrer geringen Volkszahl stark genug zu sein, ihre völkische Existenz im offenen Kampf gegen das Deutschtum durchsetzen zu können. Denn sie sahen damals, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in der Zeit der deutschen Kleinstaatserei, jeweils nur einen der deutschen Stämme, bald diesen, bald jenen, als ihren Gegner an, nicht aber das deutsche Volk in seiner Gesamtheit. Zu dieser überheblichen Wertung ihrer eigenen Kraft glaubten sie sich umso mehr berechtigt, als ihre politischen Erfolge im morschen Habsburgerreich und ihre völkischen Erfolge gegen das städtische Deutschtum im böhmisch-mährischen Rann verhältnismäßig rasch und leicht zu erzielen waren. Die Einheit der deutschen Stämme als politische Wirklichkeit schien ihnen undenkbar. Sie haben bis zum Untergang der tschechoslowakischen Republik die Geltung und Macht des Deutschen Reiches nicht zu begreifen gelernt und ernsthaft geglaubt, ihm mit ihrem 6-Millionen-Volk vollkommen ebenbürtig und gewachsen zu sein. Von den nationalen Programmatikern ist darüber hinaus den Tschechen die doktrinaire Deutschfeindlichkeit, in ideologischen Konstruktionen verankert, als die primitivste und anfänglichste, zugleich als die hochwertigste Betätigung ihres völkischen Lebenswillens dargestellt worden; sie haben in verantwortungslofter Weise ihrem Volke das Gefühl, ein Bannerträger und Vorposten im Vernichtungskampf gegen das deutsche Volk zu sein, in die Seele gebrannt. Daß die Tschechen sich im ganzen Verlaufe des 19. Jahrhunderts von dem Schematismus dieser Gedankengänge auch nicht durch Bismarcks Reichsgründung haben lösen können, ist verhängnisvoll für sie geworden, wie die gleiche Unfähigkeit auch den Hochmut der Benefic-Élique bestimmt hat, die sich in illusionistischer Traumbesangenheit und realpolitischer Blindheit keine Vorstellung von der geeinten Volkskraft des Deutschen Reiches zu machen versucht hat. (Welche lange nachwirkenden Folgen die Ohnmacht und Zerspaltetheit des deutschen Volkes gerade in der Zeit der ringsum erwachenden Selbstständigkeitsregungen der kleinen Völkerschaften und Volkspplitter des Ostens und Südostens gehabt hat, wird an diesem tschechischen Beispiel deutlich.) Der geistige Vorstellungsraum der Tschechen ist seit mehr als rund 100 Jahren unveränderlich starr geblieben und hat in nichts den Wandlungen der Wirklichkeit Rechnung getragen. Geändert haben sich Methoden und Teilziele und manche Einzelheiten. Die Fundamente aber sind, mit einer seltsamen Instinklosigkeit für die Forderungen der veränderten Wirklichkeit, unbeachtet und unangetastet geblieben.

Diese Grundzüge einer politischen Meinungsbildung sind zugleich ein wesentlicher Teil des tschechischen Volksbewußtseins. Sie sind nicht etwa Gedankengut einer einzelnen Richtung von Politikern oder Intellektuellen, sondern sie sind lebendig im völkischen Selbstbewußtsein eines jeden Tschechen, dessen politischen Horizont, dessen erste unwillkürliche Reaktion auf jedes politische Ereignis sie bis heute bestimmen. Diesen Grundzügen muß die große Revision und Umwälzung im Denken des tschechischen Volkes gelten, die sich jetzt allmählich zu vollziehen beginnt, wenn sie nicht eine bloße Maske, sondern wirklich ernst und aufrichtig sein soll. Es ist im liberalen 19. Jahrhundert eine beachtliche — in ihren politischen Konsequenzen freilich sehr fragwürdige — Leistung gewesen, die gesamten Energien eines Volkes so umfassend und tiefgehend auf eine einheitliche politische Ueberzeugung auszurichten und ein Volk davon wie von einem Glaubensbekenntnis durchdringen zu lassen. Sie ist nur möglich gewesen, weil sich die gesamten Formkräfte des tschechischen öffentlichen Lebens, neben der Publizistik auch die Dichtung und Musik, in den Dienst der politischen Meinungsbildung gestellt haben. Die volle Eigenart des so entstandenen völkischen Sich-selbst-Empfindens der Tschechen zeigt

sich erst, wenn auch seine charakteristische Ausgestaltung in der Dichtung Beachtung findet. Die drei Johann Neruda gewidmeten „Sonette“ (1879) von Josef Wenzel Sládek sind deshalb so beispielhaft, weil in ihnen sich die romantische Schwüle ausdrückt, die — entwicklungsgeschichtlich die Brücke zwischen spätrömantischer Zerrissenheit und der Dekadenz des Fin de siècle bildend, dem die Tschechen selbst eine große Bedeutung für den Gang ihrer „nationalen Erneuerung“ zusprechen — als bestimmender Grundzug der kämpferischen Tendenzliteratur festzuhalten ist. (Die Uebersetzung ist trotz der Prosaförmigkeit bemüht, den Stimmungsgehalt der Sonette wiederzugeben):

I. — Du, Böhmen, bist wie der Baum im weiten Feld, / so verlassen, vereinsamt und trauernd, / preisgegeben den Blüten und Stürmen / und der Willkür Jedes, der darüber geht. / — Nur selten zwitschert auf ihm ein kleiner Vogel, / und dann ist es ein Lied, das in die Seele schneidet, / in dem das Herz des verwaisten Sängers bricht — / Es ist ja doch ein allzu großer Schmerz. / — Wer heilt schon all' die abgeschlagenen Äste? / Die Klagen des spärlichen Laubs? — und wer versteht es überhaupt? / Du, Linde, bist allein und deine Säger auch! / Die Anderen gehen rings vorbei, stumm und stumpf / und wenn dein Astwerk in Verzweiflung rauscht — / Oh, wir sind doch nur elend, ach, so elend!

II. — Heute ist vor Gottes Gericht noch nicht bestimmt, / daß von allen unser Volk allein / zur Knechtschaft bloß geboren ist, das wie welches Laub / über wilde Wirbel fortträgt die enteilende Zeit. / — Sie haben auf unser Grab schon manche Scholle geworfen / sie haben uns schon die Stunden gezählt / sie haben unsere Heimat wie Geier umkreist, / die ihren Raub wittern in Chaos und Schutt. / — Und Gott hat nur geschrieben und sein Gesicht verhüllt / und er sprach: „Ich sende zu euer Erlösung / den mächtigsten meiner Engel / — bevor ich ‚ausgeglichen‘ unter meine Rechnung setze: / den Willen zum Leben und die Liebe zum Volk! / Gott schreibt und schreibt — doch diese Liebe ist in Böhmen nicht.

III. — Dies unser Volk ist wie Christus am Kreuze / und ihr darunter seid die Soldner: / um sein Gewand spielen Lump und Dieb / und er sieht zu, nackt, elend und zerschlagen. / Preßt die Dornenkrone noch tiefer in die Schläfen! / und wenn sein Auge ihm von Tränen glänzt, / dann schlag ihm jeder, wie er kann, die Faust ins Antlitz / und ringsum jauchzt dazu besoffenes Gelächter! / — Und so gequält, blickt er vom Kreuze / jetzt zum Himmel auf und nun auf euch in seiner Qual / und auf den Lippen zittert sein Gebet. / Ihr scheltet weiter, in der Hand die Würfel, / sein Blut trieft langsam die verwaiste Erde — / und fernher dröhnen schon des Titus Racheheere!

Stilistisch und stofflich gehört Sládek zu den Dichtern der Romantik, von der er, mit dem breiten rhetorischen Pathos seiner Sprache, den Weg zum poetischen Realismus genommen hat; er hat Gedichte geschrieben, die dem Blut und dem Boden seiner Heimat sehr verbunden sind. Er war einer jener tschechischen Kulturpolitiker, die bemüht die Brücken zum Deutschtum abzubrechen bemüht waren und statt dessen, im Tiefsten kosmopolitisch-entwurzelnd, dem englisch-amerikanischen und skandinavischen Kulturraum, neben dem russischen, Eingang zu verschaffen strebten. Der beherrschende Grundzug seiner Dichtung jedoch — und zugleich das typische Merkmal der tschechischen Literatur überhaupt — ist die Aesthetisierung der Wirklichkeit: ein ästhetisch-verspieltes Betrachten, ein verliebtes und fast lustvolles Verweilen bei der als Unglück empfundenen geschichtlichen Situation seines Volkes, tatenfremd, tatenunfähig bis ins letzte, trotz allen Rufens danach. Er legt den Finger in die schwärende Wunde und berauscht sich an Vorstellungen und Träumen. Jeder Aesthetizismus ist Verlust der Wirklichkeit: er löst sie aus dem Kräftezusammenhang der Wert- und Machtverhältnisse der Lebensentscheidungen und treibt ein versängliches, selbstgefälliges Jongleurespiel mit formalästhetischen Vergleichen ... „Dies unser Volk ist wie Christus am Kreuze.“ Die Wirklichkeit wird beliebig, der Mensch verliert jeden Zusammenhang mit ihr und das Verständnis ihrer realen Notwendigkeiten, während er in wesenlosen Träumen dahinlebt: Bis einmal das ganze Kartenhaus aus Illusionen über den Haufen gerannt wird. Entscheidend für das Schicksal der Tschechen heute ist es, ob sie die Kraft ausbringen, das politische Ressentiment nicht nur einer zwanzigjährigen verfehl-

ten staatlichen Ideologie, sondern einer mehr als hundertjährigen, der nüchternen Wirklichkeit gleichermaßen widersächlichen, intensiven und bewußten geistigen Fehlschulung zu überwinden.

Friedrich Zenacek.

Entthronte Gottheit

Es gibt nicht viele Tschechen, die Frankreich kennen. Wenn sie außer Lande reisen, fahren sie z. B. gern an die Adria. In Grado, Spalato und Ragusa sind sie „wie zu Hause“. Trotzdem liebten sie Frankreich. Es war vor dem Weltkrieg ihre Hoffnung. Nach dem Weltkrieg ihre Liebe. Heute ist es ihre Enttäuschung. Es geht ihnen mit Frankreich wie einem kleinen Mann mit einer reichen Frau, von der er sich alle Seligkeiten dieser Erde erträumt, die seine Liebe entfacht, sich ihm aber doch schließlich versagt. Als Napoleon I. seinen Einzug in Wien hielt, meldete sich bei ihm auch eine tschechische Deputation, die ihm den Plan für ein selbstständiges Königreich Böhmen unterbreiten wollte, das eine mächtige französische Festung gegen Preußen-Oesterreich bilden sollte. Diese Idee ließ die Tschechen nicht mehr los. Sie wurde immer stärker die Triebkraft ihres Handelns, als ihnen Franz Palacky den Sinn ihrer Geschichte auslegte als den „jahrtausendalten Kampf der slawischen Urdemokratie gegen das deutsche Feudalwesen“. Während ihre bürgerlich-konservativen Kreise im Bann des aufsteigenden Panlawismus an den Petersburger Hof wallfahrteten, sahen die liberal-demokratischen in Paris ihr Mekka. Als der Frankfurter Frieden nach dem Krieg von 1870/71 geschlossen wurde, protestierten die tschechischen Parteien im Prager Landtag gegen die Eingliederung Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich. Die französisch-russische Annäherung verglichen sie mit den in Gang kommenden Mühlsteinen, zwischen denen Deutschland zerrieben werden sollte. Marxistisch infizierte Studenten bezogen französische Universitäten und schwärmten in ihren heimatlichen Zeitungen von der französischen Welt.

Typus für sie ist E d u a r d B e n e s c h. Er kam aus kleinen Verhältnissen in die Weltstadt Paris. Er ließ sich hemmungslos in den Bann des Pariser Lebens ziehen. Seine Aufgeschlossenheit für das französische Kulturleben schlug, wie bei allen Tschechen, so auch bei ihm in Schwärmerei um. Die französische Demokratie wurde für die Tschechen zum Musterbeispiel einer staatlichen Ordnung. Man war gewillt, ihre Einrichtungen zu übernehmen und zu kopieren. Wer als modern in seiner ganzen Lebensauffassung gelten wollte, mußte französisch denken. Masaryk, der seinen Urlaub lieber in der Stille eines deutschen Kleinstädtchens verbrachte als in der französischen Geistessonne, erklärte trotzdem, daß der Kampf zwischen slawischer Demokratie und deutscher Reaktion auf der europäischen Ebene unter französischer Führung ausgetragen werden müsse: Die Erfüllung nicht nur einer antiösterreichischen, sondern einer antideutschen Funktion überhaupt, sei die europäische Aufgabe der Tschechen. Die Pariser Menschheitsapostel konnten sich freuen. Der Grand Orient errichtete in Prag eine Filiale, was die Tschechen als große Ehre empfanden. Der Gang der Kriegsereignisse 1914—1918 schien der Politik der nach Frankreich orientierten Kreise recht zu geben. Ihr Anhang wuchs. Als das Zarenreich im Strudel der bolschewistischen Revolution unterging, waren auch die zaristischen Patrioten in Böhmen und Mähren, die für den Einzug der russischen Truppen Gänse stopften und Wodka brannten, auf einmal Demokraten geworden; damit war die Frage der Staatsform der künftigen „Tschechoslowakei“ zugunsten der Republik entschieden. Als sie in den Herbsttagen des Jahres 1918 aus den Trümmern des Habsburgerreiches entstand, war Frankreich für die Tschechen zur allmächtigen Gottheit geworden.

Benesch hat in seinen Memoiren die Gefühle geschildert, die ihn beherrschten, als er zu den Waffenstillstandsverhandlungen nach Versailles fuhr: „Unwillkürlich hatte ich auf der Herfahrt, mitten durch die Menschenansammlungen, unzähligen Autos und Elektrischen,

die alle nach Versailles zu dem unerwarteten Schauspiel eilten, über die Bedeutsamkeit meines Weges nachgedenken. Womit hatten wir im Jahre 1914 angefangen? Wie waren wir in der Welt herumgeirrt und hatten verzweifelt bei den Mächtigen und Mächtigsten Hilfe und Zustimmung gesucht! Als ich die Heimat verließ, hätte ich kaum geglaubt, daß dieser schreckliche Krieg so gerecht verlaufen und mich im historischen Augenblick auf diesen Platz stellen würde.“

Der Geist, der aus diesen Zeilen spricht, beherrschte damals alle Tschechen. Ihr Selbstbewußtsein machte sie blind für ihre Lage und ihre Zukunft. Es nahm rasch sehr eigenartige Formen an. Man bemühte sich, „gottähnlich“ zu werden. Paris wurde Vorbild für Prag, sein Lebensrhythmus wurde nachgeahmt. An Stelle der deutschen Aufschriften wurden französische angebracht, in den höheren Schulen wurde die französische Sprache als Pflichtfach eingeführt; eigene französische Schulen entstanden. Tschechische Künstler malten und meißelten nach französischem Muster. Der französische Kunstgeschmack wurde entscheidend für das eigene Schaffen in Literatur, Theater und Film. Die Tschechen fühlten sich als politischer und kultureller Vorposten Frankreichs an der Moldau. Wenn man sie den „Gendarm Frankreichs in Mitteleuropa“ nannte, empfanden sie darin durchaus nicht eine Kritik, sondern waren stolz, auf solche Weise ihrem Pariser Gott dienen zu können. Sie waren ihm ergeben und brachten ihm alle Opfer, die er verlangte. Sie sahen nicht das höhnische Zucken um seinen Mund, wenn er auf sie herabbllickte. Als Beneš auf der Genfer Bühne sich zum Sprecher französischer Interessen machte und sie in seinem Prager Französisch verteidigte, machte Briand einmal die zynische Bemerkung: „Er glaubt, französisch zu sprechen.“ Das überhörte man in Prag ebenso, wie man die französischen Kritiken über tschechische Kunstansstellungen in Paris überlas, die den tschechischen Künstlern unverblümt beschönigten, man habe gehofft, slawische Volkskunst zu sehen und habe schlechte Kopien französischer Mittelmäßigkeit zu sehen bekommen.

Da kam der Herbst 1938. Das angebetete Frankreich wandte sich von den Tschechen ab und empfahl ihnen, selbst zu sehen, wie sie mit ihrer Situation fertig würden. Sie sahen eine Illusion, die sie für Wirklichkeit gehalten hatten, ins Nichts zerrinnen. Das konnten sie kaum fassen. Daß Frankreich mit ihnen ein gefährliches Spiel getrieben hatte, daß es in ihnen Hoffnungen geweckt hatte, die es nicht erfüllen konnte und wollte, begann nur allmählich zu dämmern. Im stillen glaubte man im Herbst 1939, daß Frankreich die alten Beziehungen doch wieder aufnehmen werde — wenn es nur erst den Krieg gewonnen haben werde. Nun aber erlebten die Tschechen die vollständige Niederlage Frankreichs. Es ist klar, daß dieses Ereignis von ihnen mit gemischten Gefühlen aufgenommen wurde. Die einen erkannten den militärischen Zusammenbruch auch als das Zusammenstürzen einer geistigen Welt, die ihnen als Ideal vorgeschwebt hatte; die anderen sahen darin die Bestätigung einer verfehlten Politik, der sie selbst zum Opfer gefallen waren; und wieder andere gingen einen Schritt weiter, indem sie die Entscheidung des Staatspräsidenten Hacha vom März 1939 als richtig anerkannten und sich innerlich auf die Zusammenarbeit mit dem Reich einzustellen versuchten.

In zwei Schreiben, die kürzlich dem „Prager Deutschen Zeitungsdienst“ zugegangen sind, hat es u. a. geheißen: „Die Niederlage Frankreichs stellt sich in ihrer ganzen Tragweite als ein schicksalhaftes Ereignis für ganz Europa dar. Geht es doch um ein Land, das als einer der Erben der antiken Kultur zweifellos einen entscheidenden Platz im geistigen Streben der Menschheit einnahm, um ein Land, das in der letzten Entwicklung jedoch das klassische Beispiel liberalistisch-demokratischer Weltanschauung darstellte. Frankreich wurde zum Hauptträger des Versailler Systems und führte in den Plänen für die Aufteilung des Deutschen Reiches ein gewichtiges Wort. Mit dem Falle Frankreichs stürzt auch unaufhaltsam die geistige Orientierung zusammen, deren Sprecher es war. Frankreich scheint seine Rolle in der Welt ausgespielt zu haben und ist verurteilt, Zeuge des Sieges einer neuen Ordnung zu sein, die zur Welt eine neue Sprache spricht. In politischer Hinsicht wirkt der Zusammenbruch des französischen Aufteilungsplanes eher wie eine Komödie auf uns, wenn wir bedenken, wie kläglich und rasch diese Pläne zusammen-

brachen und wie hohl die Geste war, mit der die deutschen Angebote abgelehnt wurden. Aber auch die Kluft zwischen der französischen Illusion und der deutschen Tatsache, zwischen Absicht und Durchführung, zwischen Anfang und Ende ist für das französische Volk ungewöhnlich tragisch. Der Haupturheber des Versailler Werkes vermochte dieses Werk nicht zu erhalten. Ist nationale Schwäche die Ursache hiervon oder der Umstand, daß dieses Werk morsch war und nicht mehr gehalten werden konnte? Wir sagen: beides! Wir Tschechen und unser früherer Staat wurden aus diesem System bereits ausgeschaltet, bevor das Ende desselben eintrat. Die Tschechen haben das klägliche Spiel und den Verrat, den Frankreich mit ihnen trieb, nicht vergessen und werden ihn auch nicht vergessen. Wir hatten das traurige Privileg, in der Reihe der Verratenen und Verlassenen als erste vor den Polen, Norwegern, Holländern und Belgiern zu stehen, allerdings mit dem Unterschied, daß wir dem friedlichen Einvernehmen mit dem deutschen Volke den Vorzug gaben vor einem Waffengang. Damit entgingen wir einem Schicksal, das jetzt Frankreich ereilt hat. Frankreichs Zusammenbruch ändert nichts an der jetzigen Stellung des tschechischen Volkes, im Gegenteil, es festigt und erhärtet nur seine Stellung. Möglich, daß der französische Geist, der der Kultur der Menschheit zweifellos viele Werte gab, sich noch einmal erholt, aber dieser Aufstieg wird niemals mehr von einer machtpolitischen Entfaltung begleitet sein. Hier hat Frankreich bereits ausgespielt, denn es geht biologisch dem unaufhaltsamen Niedergang entgegen.“

Liest man diese Worte, die dazu bestimmt sind, die tschechische Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Deutschland herauszustellen, aufmerksam durch, so lassen sie eine Tatsache deutlich erkennen: Trotz aller Enttäuschungen, die Frankreich ihnen bereitet hat, gehört die Liebe der Tschechen auch heute noch diesem Land; ihr Verhältnis zu Deutschland ist das Ergebnis einer verstandesmäßigen Ueberlegung, der das Bedürfnis und der Wille zu einer gefühlsmäßigen Annäherung fehlt.

Dr. R. B.

Ostland-Chronik

Die Stadtverwaltung Posen

Am 1. August sind durch den Reichsstatthalter und Gauleiter Arthur Greiser der Oberbürgermeister, 6 hauptamtliche Stadträte und 29 Ratsherren der Gauhauptstadt Posen in ihre Ämter eingewiesen worden. Zum Oberbürgermeister wurde der 1894 in Breslau geborene frühere Ministerialrat im Reichsministerium des Innern und bisherige Stadtkommissar von Posen, Dr. Scheffler, ernannt. Die 6 Stadträte sind: 1. Dr. Ulrich Thon (geb. 1900 in Danabrück, seit 1930 in verschiedenen Stadtverwaltungen als Stadtrat und Bürgermeister tätig; ihm unterstehen Stadtpolizeiamt, Gewerbeamt, Wehramt, Feuerchutzpolizei, Schlacht- und Viehhof, Stadtreinigungsamt und Zoologischer Garten); 2. Dr. Hans Trautwein (geb. 1908 in Pforzheim, früher tätig bei der Polizeidirektion Heidelberg, in der Kommunalabteilung des badischen Innenministeriums, in der Kommunalabteilung des Reichsministeriums des Innern, seit September 1939

stellvertretender Stadtkommissar von Posen; er verwaltet die Stadtkämmerei); 3. das Schulwesen der Stadt Posen verwaltet Stadtschulrat Galle-Liebenow (geb. 1886 in Doberlug, Kreis Luckau, Rektor in Frankfurt/Oder, Magistratschulrat in Cottbus, seit Februar 1940 mit dem Aufbau des Schulwesens der Stadt Posen beauftragt); 4. Dr. Alfred Enke (geb. 1901 in Magdeburg, früher tätig als Leitender Buch- und Betriebsprüfer der Reichsfinanzverwaltung, Vorstandsmitglied eines Großkraftwerkes, Stadtverwaltungsrat in Magdeburg; er leitet als Vertreter des Stadtkämmerers die Versorgungsbetriebe, die Verwaltung fremder Grundstücke und das Amt für Raumbewirtschaftung); 5. Stadtbaurat Dr.-Ing. Lürs (geb. 1890 in Oldenburg, tätig u. a. als Stadtbaurat in Jena, als Bauleiter an Großbaustellen, Großkraftwerken, Industrieanlagen, Wohn- und Siedlungsbauten); 6. Dr. Böhm (geb. 1908 in Meißen, u. a. Stadtaffessor und Rechtsrat der Stadt Leipzig; er verwaltet das Standesamts-

wesen und das Liegenschaftsamt). Die auf die Dauer von 6 Jahren berufenen Ratsherren der Stadt Posen sind: Kreisamtsleiter Wilhelm Beien (geb. in Solingen-Wald), Diplom-Ingenieur Sigurd Becker (geb. in Groß-Eßern in Kurland), Kreisobmann der DAF Karl Oppeln von Bronikowski (geb. in Kruschwitz in Posen), Hauptschriftleiter des „Ostdeutschen Beobachters“ Herbert Koch (geb. in Bochum-Linden), Kreisamtsleiter Willi Eske (geb. im Kreis Gumbinnen), Zahnarzt Dr. Heinrich Lorenz (geb. in Jena), Buchdrucker Rudolf Fleischer (geb. im Kreis Neutomischel), Studienrat Dr. Alfred Lattermann (geb. in Lissa in Posen), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Helmut Froboß (geb. im Kreis Schneidnitz in Schlesien, zuletzt Polizeipräsident von Danzig), Oberarbeitsführer Waldemar Confilius (geb. im Kreis Pless in Oberschlesien), Zahnarzt Dr. Erich Kespennig (geb. in Rothmühl, Kreis Uckermark), H = Obersturmbannführer Wilhelm Stüwe (geb. in Thorn), Regierungsrat Dr. Fritz Klatt (geb. in Zoppot), NSKK-Hauptsturmführer Gütschewski Eduard Fischer von Mollard (geb. in Schloßberg, Kreis Jarotschin in Posen), Bankdirektor Max Stein (geb. in Ostschau, Kreis Thorn), Rechtsanwalt Dr. Rudolf Pagel (geb. in Stolzenhagen, Kreis Radow), Reichstreuhänder der Arbeit Ernst Kendzia (geb. in Breslau), Generaldirektor Dr. Hans Hohlfeldt (geb. in Danzig, 1. Gauleiter des Gau Danzig der NSDAP), H = Hauptsturmführer Dr. Kurt Lück (geb. in Kolmar in Posen), Gaststättenverwalter Helmut Schmoldt (geb. in Stettin), Apotheker Heinrich Weiß (geb. in Prettin an der Elbe), Bauhauptstellenleiter des Gauamts für Kommunalpolitik, Stadtrat Otto Mann (geb. in Posen), Hauptreferent der Volksdeutschen Mittelstelle Posen, Heino Fehre (geb. in Woronesch in Rußland), Kreisrichter Kurt Schlierholz (geb. in Calw im Schwarzwald, zuletzt Gaustudentenführer Danzig), Fabrikdirektor Adolf Schneider (geb. in Ellenberg bei Ellwangen, Leiter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken in Posen), Arzt Dr. Robert Weise (geb. in Birnbaum in Posen), Konsulatssekretär Hans Grzonka (geb. in Posen, bis 1939 beim Deutschen Generalkonsulat in Posen), Fabrikdirektor Alfred Intelmann (geb. in Riga, zuletzt Präsident der Deutschen Volksgemeinschaft in

Lettland), SA-Sturmbannführer Kurt von Hartmann (geb. in Riga, zuletzt Mitglied des Präsidiums der Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland und Leiter des Nachbarschaftsamtes der DV).

Die Staatliche Ingenieurschule in Posen

Anfang Oktober d. J. wird in Posen die bereits vor dem Weltkriege bestehende Staatliche Ingenieurschule, Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik, als deutsche Lehranstalt wiedereröffnet. Die Schule wurde als „Königliche Maschinenbauschule“ im Jahre 1907 gegründet. Während des Weltkrieges mußte ihr Lehrbetrieb stark eingeschränkt werden, weil es an Lehrkräften fehlte. Später ging sie in polnische Verwaltung über. Bis vor kurzem waren in ihren Lehrsälen baltendeutsche Rückwanderer untergebracht, während in den Lehrwerkstätten polnische Arbeiter für deutsche Betriebe umgeschult wurden. Nach dem vollen Ausbau der Schule werden an ihr etwa 20 Lehrkräfte tätig sein. Die Studiendauer beträgt 5 Semester. Der Lehrplan umfaßt theoretische Ausbildung und Werkstattlehre; es stehen Werkstatträume mit Dampfmaschinen, Elektromotoren, Drehbänken und anderen Einrichtungen zur Verfügung. Der Besuch der Schule setzt ein gründliches Schulwissen und im allgemeinen die Reife für Klasse 8 einer Oberschule oder einer voll ausgebauten Mittelschule voraus. Doch sind nach Absolvierung einer Vorstufe von Halbjahrsdauer auch Volksschüler zum Besuch der Ingenieurschule zugelassen. Bei der nach 5 Semestern abzulegenden Abschlußprüfung erhält der Studierende das Ingenieurzeugnis. Wer die Prüfung mit „Ausgezeichnet“ oder „Gut“ besteht, kann ohne Aufnahmeprüfung auf eine Technische Hochschule übergehen, vorausgesetzt, daß er 21 Jahre alt ist. Dabei können einige Semester der Ingenieurschule auf das Hochschulstudium angerechnet werden. Wer die Prüfung „Mit Erfolg“ besteht, kann nach Ablegung einer Sonderreifeprüfung ebenfalls die Berechtigung zum Hochschulstudium erhalten. Die Staatliche Ingenieurschule ist nach wie vor in dem vor 33 Jahren errichteten Gebäude (Bergerstraße 5) untergebracht. In den Werkstätten, die gründlich überholt worden sind, wird eine Materialprüfstelle für den Wartehaugau eingerichtet werden.

Das Vereinsrecht des Generalgouvernements

Durch Verordnung des Generalgouverneurs ist das Vereinswesen im Generalgouvernement neu geregelt worden. Aufgelöst werden insbesondere die nach dem bisherigen Recht der Aufsicht der Militärbehörden unterstehenden militärischen Vereinigungen, die bisher nicht dem früheren polnischen Vereinsgesetz vom 27. Oktober 1932 unterliegenden politischen Vereine und die bisher der Verordnung des ehemaligen polnischen Kultusministeriums vom 14. Oktober 1937 unterstehenden Vereine von Akademikern. Der Auflösung verfallen gleichfalls die auf Grund der Artikel 12 und 19 des Vereinsgesetzes von 1932 gebildeten nicht eingetragenen und eingetragenen Vereine. Aufgelöst werden auch folgende Vereine: Gesellschaft der Freunde der akademischen Jugend, Gesellschaft zur Unterstützung des Baues öffentlicher Volksschulen, das Polnische Weiße Kreuz, der Polnische Pfadfinderverband, das Josef-Pilsudski-Institut zur Erforschung der neuesten Geschichte Polens und die Organisation zur militärischen Vorbereitung der Frauen. Das Vermögen der aufgelösten Vereine wird zugunsten des Generalgouvernements, das Vermögen der Vereine des polnischen Post-, Telegraphen- und Eisenbahnpersonals zugunsten des Sondervermögens der Deutschen Post Osten bzw. der Ostbahn eingezogen. Forderungen Dritter an die aufgelösten Vereine erlöschen. Wer Vermögen, Akten und sonstiges Schriftmaterial aus einem der Einziehung unterliegenden Vereinsvermögen in seiner Verfügungsgewalt hat, hat diese Gegenstände innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten der Verordnung an die zuständige deutsche Dienststelle (Kreis- bzw. Stadthauptmann) auszuliefern. Wer Kenntnis vom Verbleib, der Verschleppung oder Versteckung solcher Materials hat, hat der zuständigen deutschen Dienststelle innerhalb von zwei Wochen Mitteilung hiervon zu machen. Für die Neugründung von Vereinen im Generalgouvernement gelten folgende Vorschriften: Vereine dürfen grundsätzlich nicht neu gegründet werden. Ausnahmen hiervon sind für eingetragene Vereine zulässig, sofern ein öffentliches Interesse daran besteht und die Unbedenklichkeitsbeschei-

nigung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei vorliegt. Unmittelbare Aufsichtsbehörde für neu zu gründende Vereine ist im allgemeinen der örtlich zuständige Kreis- bzw. Stadthauptmann, bei Vereinen, deren Aufgabenbereich und Ortsgruppenbezug über den Bereich einer Kreishauptmannschaft bzw. kreisfreien Stadt hinausgeht, der örtlich zuständige Distriktschef, und bei Vereinen, deren Aufgabenbereich und Ortsgruppenbezug über den Bereich eines Distrikts hinausgeht, der Leiter der Abteilung Innere Verwaltung im Amt des Generalgouverneurs. Im übrigen gelten für die Neugründung von Vereinen die einschlägigen Bestimmungen des polnischen Vereinsgesetzes von 1932. Sofern an dem Fortbestehen eines an sich der Auflösung unterliegenden eingetragenen Vereins ein öffentliches Interesse besteht, kann die Auflösung mit Genehmigung der für die Neugründung zuständigen Dienststellen rückgängig gemacht werden. Wer es unternimmt, den organisatorischen Zusammenhalt eines aufgelösten Vereins aufrechtzuerhalten oder wiederherzustellen, sich auf andere Weise für einen aufgelösten Verein zu betätigen oder unbefugt einen neuen Verein zu gründen, wer der Verpflichtung zur Ablieferung verfallener Vereinsvermögen oder zur Mitteilung über den Verbleib solcher Vermögen nicht nachkommt, wird bestraft. Das Tragen von Abzeichen aufgelöster Vereine ist untersagt.

Der Begriff „Jude“ im Generalgouvernement

Durch Verordnung des Generalgouverneurs vom 24. Juli 1940 ist der Begriff „Jude“ in folgender Weise bestimmt worden: Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach vollen jüdischen Großelternteilen abstammt. Als Jude gilt weiter, wer von zwei der Rasse nach vollen jüdischen Großelternteilen abstammt, 1. sofern er am 1. September 1939 der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie angenommen wird, 2. sofern er beim Inkrafttreten dieser Verordnung mit einem Juden verheiratet war oder danach sich mit einem solchen verheiratet, und 3. sofern er aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden stammt und nach dem 31. Mai 1941 geboren wird. Als vollen jüdisch gilt ein Großelternteil ohne weiteres, wenn er der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat. Als jüdischer Mischling gilt, wer

nach den reichsrechtlichen Vorschriften jüdischer Mischling ist und wer als ehemaliger polnischer Staatsangehöriger oder Staatenloser von einem oder zwei der Rasse nach volljüdischen Großeltern teilen abstammt, sofern er nicht nach den obigen Vorschriften 1. bis 3. als Jude gilt. Ein Gewerbebetrieb gilt dann als jüdisch, wenn der Inhaber Jude ist oder wenn ein oder mehrere persönlich haftende Gesellschafter Juden sind. Der Gewerbebetrieb einer juristischen Person gilt als jüdisch, wenn eine oder mehrere von den zur gesetzlichen Vertretung berufenen Personen oder von den Mitgliedern des Aufsichtsrates Juden sind, und ferner dann, wenn Juden nach Kapital und Stimmrecht entscheidend beteiligt sind, d. h. wenn mehr als ein Viertel des Kapitals Juden gehört, bzw. wenn die Stimmen der Juden die Hälfte der Gesamtstimmenzahl erreichen. Ein Gewerbebetrieb gilt auch dann als jüdisch, wenn er tatsächlich unter dem beherrschenden Einfluß von Juden steht. Diese Vorschriften finden auf Vereine, Stiftungen, Anstalten und sonstige Unternehmen, die nicht Gewerbebetriebe sind, entsprechend Anwendung.

Volksdeutsche Organisationen in Warschau

Noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts gab es in Warschau eine ansehnliche deutsche Minderheit, und noch um 1880 herum war das evangelisch-kirchliche Leben der ehemaligen polnischen Hauptstadt vorwiegend deutsch bestimmt. Bei Ausbruch des Weltkrieges aber war das deutsche Bürgertum Warschaus bis auf geringe Reste im Polentum untergegangen. Immerhin gab es auch damals noch dort deutsche Vereine und Schulen; das deutsche Lehrerseminar war freilich im Jahre 1912 nach Łódź (Litzmannstadt) verlegt worden, um es dem polonisierenden Einfluß der damals bereits in die Hände von Renegaten übergegangenen Leitung der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (Superintendent Bursche!) zu entziehen. Nach der Errichtung des Versailler Polenstaates mußten die sozialen und kulturellen Einrichtungen der Warschauer Deutschen ihre Tätigkeit einstellen. Als erste volksdeutsche Organisation wurde nach dem Weltkriege im Jahre 1926 der „Verein Deutscher Hochschüler Warschau“ ins Leben gerufen. Ihm folgte im Jahre 1930 der „Deutsche Klub Warschau“, der das gesellige und kulturelle Zentrum der Warschauer Deutschen wurde und im Jahre 1935 beim Brühlchen

Palais ein eigenes Heim bezog, das auch der Auslandsorganisation der NSDAP für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stand. 1934 entstand in Warschau eine Ortsgruppe der Jungdeutschen Partei und 1938 wurde dort auch eine Ortsgruppe des Deutschen Volksverbandes gegründet. Die aktivsten Mitglieder dieser Organisationen waren die an den Warschauer Hochschulen immatrikulierten volksdeutschen Studenten, die mit ihrer Volkstumsarbeit auch in die deutschen Dörfer der weiteren Umgebung Warschaus vorstießen. Im Laufe des Jahres 1939 brachte der lawinenartig anwachsende Deutschenhaß der Polen die Tätigkeit der deutschen Organisationen der Hauptstadt zum Erliegen, und in den Septembertagen 1939 wurden zahlreiche Warschauer Deutsche nach Bereza Kartuska oder in andere Internierungslager verschleppt. Bald nach der Besetzung Warschaus wurde dann mit dem Wiederaufbau eines deutschen Organisationswesens in der ehemaligen Hauptstadt begonnen. Als erste nahm sich die NSB der dortigen Volksdeutschen an. Ende November 1939 wurde mit der Aufstellung von HJ- und Selbstschützformationen in Warschau begonnen. Zugleich übernahm das im Amt des Distriktschefs errichtete Referat „Deutsche Volksgruppe“ die verwaltungsmäßige Betreuung der Warschauer Deutschen. Bei der Ausgabe der volksdeutschen Ausweise wurde großzügig verfahren, um auch den zahlreichen Deutschen, die sich in polnischer Zeit nicht mehr offen zu ihrem Volkstum bekannt hatten, Gelegenheit zu geben, wieder den Weg zu ihrem angestammten Volkstum zurückzufinden. So gibt es gegenwärtig in Warschau 5000 bis 6000 Inhaber volksdeutscher Kennkarten, von denen freilich ein Teil als mehr oder weniger polonisiert anzusprechen ist. Im April 1940 wurden sie in die für das ganze Generalgouvernement errichtete „Volksdeutsche Gemeinschaft“ eingegliedert. Dieser steht in dem Ende April eingeweihten „Albert Breyer-Haus“ ein geräumiges und würdiges Heim in der Lindenallee (fr. Aleja Ujazdowska) zur Verfügung. Die „Volksdeutsche Gemeinschaft“ hat in Warschau sechs Ortsverbände errichtet. Den Warschauer Deutschen stehen z. B. drei Volksschulen zur Verfügung; die Errichtung einer deutschen Oberschule ist in Vorbereitung. In der „Warschauer Zeitung“ besitzen die Deutschen ihre politische und lokale Tageszeitung. Es gibt

einige deutsche Kinos und Buchhandlungen. In der „Deutschen Jugend“, einer Gliederung der „Volksdeutschen Gemeinschaft“, sind einige hundert Jungen und Mädchen zusammengefaßt. Die deutschen Kaufleute sind in der „Deutschen Kaufmannschaft Warschau“ organisiert. Daß zwischen den Volksdeutschen und den reichsdeutschen Dienststellen Warschaus eine enge Fühlung besteht, versteht sich von selbst. In Aussicht genommen ist eine räumliche Zusammenfassung aller Deutschen Warschaus in einem gesonderten deutschen Wohnviertel.

Fläche und Einwohner der Ostgebiete

Das Gebiet des ehemaligen polnischen Staates umfaßte 389 437 qkm mit rund 32 143 000 Einwohnern. Davon entfallen auf das sowjetische Interessengebiet 194 548 qkm mit 11 498 000 Einwohnern. An Litauen wurde ein Gebiet von 8704 qkm mit 426 000 Einwohnern zurückgegeben. Die Slowakei erhielt ein Gebiet von 588 qkm mit 27 000 Einwohnern. Das deutsche Interessengebiet umfaßt 188 185 qkm mit 20 219 000 Einwohnern. Davon wurden in das Reichsgebiet eingegliedert 91 974 qkm mit 9 627 000 Einwohnern. Das Generalgouvernement ist demnach 95 825 qkm groß und zählt 10 585 000 Einwohner. (Die Einwohnerzahlen beziehen sich auf die Zeit vor dem gegenwärtigen Kriege, sie haben sich inzwischen beträchtlich verschoben.) Ueber Größe und Bevölkerungszahl der Ostprovinzen des Reiches gibt nachstehende Uebersicht Auskunft:

	qkm	Einwohner
Provinz Ostpreußen . . .	59 140	3 395 476
Reg.-Bez. Königsberg . . .	13 147	1 059 087
Reg.-Bez. Gumbinnen . . .	16 069	839 212
Reg.-Bez. Allenstein . . .	12 011	594 258
Reg.-Bez. Fischau . . .	12 913	842 819
Reichsgau Danzig . . .		
Westpreußen . . .	26 056	2 203 866
Reg.-Bez. Bromberg . . .	7 428	570 752
Reg.-Bez. Danzig . . .	9 890	978 681
Reg.-Bez. Marienwerder . . .	8 740	654 433
Reichsgau Wartheland . . .	43 905	4 546 403
Reg.-Bez. Gohensalza . . .	14 441	1 188 400
Reg.-Bez. Rastmannstadt . . .	14 045	2 083 274
Reg.-Bez. Posen . . .	15 419	1 274 729
Provinz Schlesien . . .	47 599	7 426 061
Reg.-Bez. Breslau . . .	12 958	1 970 856
Reg.-Bez. Glognitz . . .	14 023	1 316 588
Reg.-Bez. Oppeln . . .	11 694	1 350 202
Reg.-Bez. Ratibitz . . .	8 924	2 824 415

Das Generalgouvernement ist in vier Distrikte eingeteilt, nämlich

Krafsau	26 824 qkm und	3 190 000 Einwohner
Kubin	26 848 „	2 145 000 „
Kadom	25 297 „	2 505 000 „
Warschau	16 658 „	2 725 000 „

Deutsch-Przemysl

Das kürzlich zur kreisfreien Stadt erhobene Deutsch-Przemysl am San zählt nach der Eingemeindung einer Reihe benachbarter Dörfer über 30 000 Einwohner. Darunter sollen sich etwa 40 v. H. Ukrainer befinden. Die Juden haben die Stadt verlassen und sind ins sowjetische Interessengebiet gegangen. Die amtlichen Kundmachungen und die Aufschriften an den Geschäften sind in drei Sprachen, deutsch, ukrainisch und polnisch, gehalten. In Deutsch-Przemysl gibt es etwa 30 gewerbliche Betriebe, darunter einen chemischen Betrieb, eine Brauerei und eine Glashfabrik. Sie haben früher zum größeren Teil jüdischen Besitzern gehört. Sie sollen jetzt in die Hand deutscher Unternehmer übergeleitet werden. Bei Errichtung der Interessengrenze hatte Deutsch-Przemysl kein eigenes Elektrizitätswerk; es war hinsichtlich seiner Licht- und Kraftversorgung auf das jenseits des San, auf sowjetischer Seite gelegene Werk angewiesen. Daraus ergaben sich Unzuträglichkeiten, die bereits nach kurzer Zeit zur Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes führten. Dieses ist in der ehemaligen Synagoge untergebracht. Da auch der Bahnhof Premissels jenseits des San liegt, war es, zumal Deutsch-Przemysl eine wichtige Grenzübergangsstation ist, notwendig, neue Bahnhofsanlagen zu errichten. Borerst bestehen provisorische Verladerrampen, Dienstgebäude usw. aus Holz. Auch ein europäischen Ansprüchen genügendes Hotel fehlte in Deutsch-Przemysl. Für diese Zwecke ist ein vor einigen Jahren errichtetes Frauen-

Zeige Dich
Deines
Opfers
würdig:

Spende für
des Deutsche
Rote Kreuz!

Die berühmte



Gustav
Goertz
Allenstein.
TEL. 2264

heim in Anspruch genommen worden. Notwendig ist der Bau eines Wasserverswerkes und eines neuen Schlachthauses. Ferner soll ein Deutsches Heim errichtet werden, in dem die deutschen Schulen mit Internat untergebracht werden und auch die deutschen Organisationen ihre Unterkunft finden sollen. Um das wirtschaftliche Leben der Stadt zu heben, wird daran gedacht, die Heimindustrie zu fördern, Sonnenblumenkulturen anzulegen, Holzwolle-, Essig-, Gemüsetrocknungsbetriebe usw. ins Leben zu rufen. Als Rathaus dient vorerst ein ehemaliges Schwesternheim. Die Straßen befinden sich in einem jammervollen Zustand. Deutsch-Przemysl macht in jeder Hinsicht einen unfertigen, provisorischen

Eindruck, den Eindruck eines Zufallsgebildes, das noch auf Gestaltung und Umgebung wartet.

Ein neues tschechisches Theater in Prag

In der kommenden Herbst-Spielzeit öffnet das „Ständige Theater Unitaria“ seine Tore. Es ist durch einen Umbau aus dem ehemaligen „Theater an der Karlsbrücke“ entstanden, wobei die Bühne wesentlich vergrößert und dem Zuschauerraum als vollständig selbständiger Teil angegliedert wurde. Das neue Haus, am Ende der Karls-gasse — gegenüber der Salvator-kirche im Gebäudekomplex des Klementinums — gelegen, wird besonders das Volksstück mit Gesang pflegen und regelmäßig die ganze Woche hindurch spielen.

Verlag Dr. Friedrich Oeser, Berlin SW 61, Landwehrstraße 2-3. — Hauptgeschäftsführer: Dr. Otto Kriebel, Berlin-Friedenau, Jüßstraße 2. — Druck: Westfries-Druckerei, Berlin-Lichtenrade, Molkestraße 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Schöneiche b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM 0,90. Einzelnummer RM 0,20 und RM 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — Z. v. W. g. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstraße 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

Westfalen

Wilhelm Erdbrinck · GmbH

Spezialunternehmen der Fleischwarenindustrie

Dortmund, Ravensberger Str. 25

Fernsprecher 336 41 und 336 42

Ein Volk,
ein Reich,
ein Führer!



In der NSV finden sich die Starken zu einer Gemeinschaft zusammen, um als Schildträger vor dem Leben des Volkes zu stehen

GAS

für die gesamte Wärmeenerzeugung in Haushalt, Gewerbe und Industrie verbürgt stete Betriebsbereitschaft, schnellste Heizwirkung, höchste Wirtschaftlichkeit, vielseitige Verwendungsmöglichkeit, absolute Betriebssicherheit.

Kostenlose Auskunft erteilen die

Stadtwerke Siegen und die zugelassenen Installateure